

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Morisplatz 151 55-97
Expedition Morisplatz 117 53-54

Donnerstag, den 25. August 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Morisplatz 117 53-54

Die Brotzulage vor dem Abschluß!

Tendenziöse Berichterstattung.

Der Deutsche Eisenbahnerverband gab gestern abend namens des DGB, der IFA, des Deutschen Beamtenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings folgende Erklärung ab:

Entgegen der am Dienstag unter den Beteiligten getroffenen Vereinbarung über die schwebenden Verhandlungen im Reichsfinanzministerium wegen der „Brotzulage“ nichts in die Presse zu bringen, um den Gang der Verhandlungen nicht zu stören und die Öffentlichkeit über einen Verlauf nicht unnötigerweise zu beunruhigen, brachte eine Berliner Korrespondenz (Socharewski) einen ebenfalls tendenziösen Bericht. Dieser Bericht gab nicht nur ein sehr einseitiges Bild über den Gang der Verhandlungen, sondern ist auch deshalb zu beanstanden, weil er zum Teil aus Kombinationen aufgebaut ist. So wird u. a. die sehr widerspruchsvolle Meldung gebracht, daß in den Kreisen der Gewerkschaften eine Verständigung erwartet werde, während es gleich im nächsten Satz heißt, daß bereits wieder der Plan aufgetaucht sei, die Beamten und Arbeiter über die Vorschläge der Regierung abstimmen zu lassen, um von dem Abstimmungsergebnis dann die weiteren Entscheidungen abhängig zu machen. Abgesehen davon, daß wie schon gesagt, in der Meldung ein innerer Widerspruch liegt, erscheint es uns doch ganz unglücklich, daß eine Gewerkschaft im gegenwärtigen Stadium der Bewegung sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Alle Mitarbeiter der Verhandlungskommission standen unter dem Eindruck, daß die Verhandlungen nicht abgeschlossen, sondern nur für kurze Zeit unterbrochen sind und deshalb erst unter allen Umständen das Endergebnis abgewartet werden muß. Diese Feststellung genügt schon, um zu zeigen, wie tendenziös die Lokalkorrespondenz die Presse bedient.

Soweit es sich nun um die Darstellung der bisher geführten Verhandlungen dreht, muß ausgesprochen werden, daß es sich weder um eine amüßliche Witzelung, noch um eine solche der von den Gewerkschaften eingesetzten Pressekommission handelt. Leider hat, wie so oft, irgendein Verhandlungsteilnehmer, ohne dazu befugt zu sein, der Lokalkorrespondenz entsprechende Informationen gegeben. Wie wenig objektiv der unbedarft Berichterstatter dabei vorgegangen ist, beweist auch folgender Satz: „Der Reichskanzler erklärte in einer kurzen Ansprache, daß die Regierung sich die Forderungen der Gewerkschaften nicht in allen Punkten zu eigen machen könne. Dr. Wich gab für den Entschluß der Regierung ausführliche Erklärungen ab, über deren Inhalt die Berichte schweigen.“ Auch in diesem Satz liegt ein großer Widerspruch; denn einmal wird gesagt, der Reichskanzler habe die Angelegenheit in einer kurzen Ansprache

behandelt. Gleichzeitig wird hinzugefügt, er habe für den Entschluß der Regierung ausführliche Erklärungen abgegeben. Um nun die ganze Angelegenheit sensationell zu gestalten, wird dann als besonders wichtig hingestellt, daß über den Inhalt dieser ausführlichen Erklärungen die Berichte schweigen. In Wirklichkeit war die Erklärung des Reichskanzlers sehr kurz und beschränkte sich lediglich auf die Feststellung, daß wichtige Besprechungen stattgefunden haben, und daß eine weitere Verständigung mit der Reichsregierung und den Parteiführern nötig sei. Dieser kurzen Feststellung folgte dann noch die Bemerkung, daß die Regierung mit den Führern der Organisationen in Verbindung bleibe und die Verhandlungen in den nächsten Tagen in der Reichskanzlei fortsetzen will. Von irgend welchen geheimnisvollen Erklärungen war also gar nicht die Rede, und die für die Diktäre in dem Bericht wiedergegebene Regelung hat inzwischen zur Folge gehabt, daß sich der Diktäre eine starke Erregung bemächtigt hat, die in Aufschriften an die Verbände zum Ausdruck gekommen ist.

Es fehlt nämlich in dem Bericht der Lokalkorrespondenz der Hinweis über die Nichtanzahlung der Ausgleichszulagen. Es zeigt sich also, daß diese verantwortungslose Berichterstattung geeignet ist, das allergrößte Unheil unter den auf das Verhandlungsergebnis wartenden Arbeitern und der Beamenschaft anzurichten. Die ganze Zustimmung des Verhandlungsergebnisses läßt fast den Schluss zu, als ob die Lokalkorrespondenz eine bestimmte Organisation gegen die andere ausrichten will. Gegen diese Methode legt die Verhandlungskommission, die aus sämtlichen beteiligten Gewerkschaften gebildet ist, entschieden Verwahrung ein und sie beharrt lebhaft, daß ein Verhandlungsteilnehmer unter Hintanhaltung seines Verantwortungsbewußtseins sich dazu hergegeben hat, die Presse in der von uns gekennzeichneten tendenziösen Weise zu informieren.

Über die gestrigen Verhandlungen ist zu berichten: Unter dem Voritz des Reichskanzlers haben heute über die Frage der Aufhebung der Bezüge der Beamten, Arbeiter und Angestellten der Reichsbehörden Verhandlungen mit den Führern der politischen Parteien des Reichstages und den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden stattgefunden. Die Beratungen nahmen einen günstigen Verlauf. Es wurde eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte erzielt. Dennoch machen Einzelheiten der zu treffenden Neuregelung in einigen Punkten besondere Beratungen notwendig. Mit der Feststellung eines für beide Teile annehmbaren Endergebnisses der Verhandlungen ist heute zu rechnen.

Ihii wird selbst Bericht erstatten.

Paris, 24. August. (Havas.) Infolge der Weigerung des spanischen Botschafters Quinones de Leon wird Bicomte Ihii selbst vor dem Völkerbundsrat in der ober-schlesischen Frage Bericht erstatten.

Warum Spanien abgelehnt hat.

Paris, 24. August. (G.E.) Der Madrider Korrespondent des „Temps“ hatte mit dem spanischen Außenminister Gonzales Ronciorra eine Unterredung, wobei dieser erklärte, daß man Spanien, indem man ihm das Amt als Berichterstatter anbot, eine Ehre erwiesen habe, ihm zugleich aber auch eine Last auferlegt. „Wir sind davon erfreut, daß die Wahl auf uns gefallen ist, glauben aber, daß Spanien zu sehr an Frankreich und England gebunden ist, um in dieser heißen Frage gegenüber dem einen oder dem anderen irgendwelche Stellung zu nehmen. Indem dieser Ablehnungsbescheid gefaßt wurde, lehnen wir uns nur von dem Gefühl der Freundschaft gegenüber Frankreich und England leiten, da wir überzeugt sind, daß unser Vorkämpfer um sozial freier im Laufe der Besprechungen die Rolle eines Vermittlers spielen kann, die ihm zukomme. Die „Information“ berichtet, daß Quinones de Leon das Berichterstatteramt für die ober-schlesische Frage ablehnte, weil Spanien in diesem Augenblicke wegen der Lage in Marokko eine kritische Periode durchläufe. Spanien wünsche nicht, daß eine Entscheidung in einer so heißen Frage wie der ober-schlesischen unter den gegenwärtigen Umständen zweideutig ausgesetzt werden könnte. Spanien sei gegenwärtig nicht in der Lage, sich internationalen Polemiken auszuweichen, die seinen inneren Frieden stören könnten, den es jetzt so sehr benötige, um über die Gefahr triumphieren zu können, die der Zustand der Absichten heraufbeschworen hat. Zu der Ablehnung Quinones bemerkt „Danzon“, daß der ganze Hof mit Ausnahme des Königs und der kirchlichen Kreise in Spanien deutschfreundlich sei, alle Klassen seien Frankreich feindlich gesinnt. Der einzige Politiker, der Frankreich wohlwolle, sei Romanones, was auch seine Wiederkehr zur Macht verhindere. Man hätte leicht voraussehen können, daß Spanien die Rolle eines Berichterstatters ablehnen mußte. Spanien müsse Frankreich schonen. Es brauche Frankreich für seine militärischen Rüstungen, ferner auch aus dem Grunde, damit Frankreich in seiner marokkanischen Zone die spanischen Rückschlüsse aufnehmen. Spanien wolle auch Deutschland zufriedenstellen und nicht tun, was den deutschen Wünschen widerspreche. Man habe in Frankreich zu rasch auf die Annahme des Berichterstatters durch Spanien gerechnet und sei daher durch die erfolgte Ablehnung, die zugleich eine heilsame Lehre für Frankreich sei, enttäuscht worden.

Der „Intransigent“ bemerkt zu der Nachricht, monach Ihii selbst Bericht erstatten werde, daß der belgische Vertreter Hymans und der Brasilianer Da Cunha nicht den Mut hatten, die Berichterstattung zu übernehmen. Das Blatt wirft jedoch die Frage auf, ob sich das Amt des Berichterstatters mit der Würde des Präsidenten des Völkerbundsrates vereinigen lasse. (?)

Die Beruhigung Oberschlesiens.

Vor der Aufhebung des Belagerungszustandes.
Breslau, 24. August. Die „Oberschlesische Volksstimme“ in Gleiwitz meldet mit Genehmigung der Zensur, daß ihr von einer der Interalliierten Kommissionen naheliegender Seite mitgeteilt worden ist, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes über Oberschlesien in den nächsten Tagen bevorsteht. Die letzten Wochen hatten die Interalliierte Kommission in Oppeln davon überzeugt, daß die Beruhigung Oberschlesiens so weit wieder eingetreten ist, daß die Aufrechterhaltung der Maßnahme des Ausnahmezustandes zwecklos erscheint.

Bisher 10 Milliarden Bejahungskosten.

Oppeln, 24. August. Nach einer Mitteilung der Interalliierten Kommission betragen die Kosten für die Besatzungsarmee in Oberschlesien bis zum 1. August 9,5 Milliarden Mark.

Der deutsch-amerikanische Vertrag gesichert

Washington, 24. August. (W.B.) Die Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat die Bedingungen des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Verlauf einer Unterredung mit dem Präsidenten Harding gebilligt.

Friede zwischen Wien und Washington.

Wien, 24. August. (W.B.) Heute mittag wurde der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutsch-Oesterreich unterzeichnet.

Die Schule als Waffenarsenal.

Frankfurt a. M., 24. August. (M.) In der Angelegenheit der Waffenkunde im Wöhler-Realgymnasium ist das Ergebnis der vom Reichspräsidenten eingeleiteten Untersuchung jetzt dem Regierungspräsidenten übermittelt worden zur Entscheidung über eine etwaige Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Schulaufsichtsratsmitgliedern h. m. dessen Suspension vom Amt. Wegen des Studientales Dr. Jung ist das gleiche beim Provinzialhochschulrat in Kassel geschehen.

Veränderter Programmentwurf.

Nach der ausgiebigen Diskussion des ersten Entwurfs eines neuen Parteiprogramms in der Presse und den Organisationen hat die Programmkommission noch einmal den ganzen Fragenkomplex durchberaten. Sie legt jetzt dem Parteitag in Götting den folgenden, in wesentlichen Punkten abgeänderten Entwurf vor:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Kampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre erste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Unleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit in Überfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensabfälle haben die kapitalistische Entwicklung noch verhärtet. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrauungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Verdrängung bisher selbständiger Existenzen. So weit hat die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wurde eine neue Bourgeoisie aus Kriegsgewinnern, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Dilemme Kluftigkeit sozialer Verhältnisse, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiser Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausdehnung, zu Eroberung neuer Kolonial- und Absatzmärkte. Sie verklärt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört weiterwuchernde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftskräfte durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßiger Aus- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Hierzu wirken geistig-befruhend, wirtschaftlich ergiebig, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärfend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerlässlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiedererrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf:

Die wirtschaftlichen Forderungen

Die Bodenschätze und Rohstoffe sind der privaten Aushandlung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Über Privatbesitz an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsabgabe zu steuern und in ihrer Preisgestaltung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profites gerichteten Verbrauchergesellschaften.

Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten

Fördert die Sozialdemokratische Partei: Erleichterung des schweren Dolosinstanzes des Kleinbauern, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, zum Einkauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln.

Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisierung des Verkehrs landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte, eventuell durch Zwangs-genossenschaften. Förderung der Erzeugnisse unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Verkaufrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Veräußerung.

Massnahmen gegen Veräufserung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört.

Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung des Hypothekensystems.

Zur Ordnung der Reichsfinanzen

fordert die Sozialdemokratische Partei:
Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Umsatzsteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Umsatzsteuerung der landwirtschaftlichen Uberschusswirtschaft.

Einkommen und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des werdenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Ueberschusses.

Fortwährende Erfassung der Steuer an der Quelle.

Zur den Ausbau der Verfassung und Demokratisierung der Verwaltung

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Herausziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat, einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern geschlechtlich organisierten Gemeindeverbänden (Kräise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde, Bezirks, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen. Erhebung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik missbrauchen, durch zuverlässige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählte Volksvertretung.

6. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsunfähige Organisationen. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Zur Kommunalpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Als Grundlage der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung:

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindeverwaltersystems für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Vätern an die Gemeindevorsteher. Straflosigkeit für Meinungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunalverbände und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerg-

gemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsgeschäfte der Gemeinde. Beseitigung des Besätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Für die Gemeindefinanzen:

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichsteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Für das Schulwesen:

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Für die Wirtschaftsbetriebe:

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Ein einheitliches Arbeitsrecht auf den Grundlagen wirkamer Arbeiterschutzbestimmungen. Einheitliche durch die Einführung der Arbeitslosen-Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Einschneidende Sonderbestimmungen, vor allem Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Betrieben von besonderer Gesundheitsgefährlichkeit und hoher Unfallgefahr. Neueste Beschränkung der Nachtarbeit für erwachsene Männer, Verbot der Nachtarbeit für alle übrigen Beschäftigten.

Verbot jeder Erwerbsarbeit korpulenten Kinder.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Ueberführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Im besonderen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

für die Beamten des Reiches und aller anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen:

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamten-gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Für den Ausbau und für die Verbesserung der Gesundheitspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischer Wirtschaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenkassen, Ambulatorien, Polikliniken und gemeindeärztlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land, Einrichtung von Entbindungsanstalten bis zur völligen Deckung der Bedürfnisse. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsleistung und Arbeitersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Betriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

Zum Wohnungswesen

stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Forderungen auf:

Vergesellschaftung des Wohnungswesens, Beseitigung und Erhebung ungesunder Wohnungen. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht, Wohnungspflege und Siedlungswesen. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

Zur Umgestaltung der Rechtspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele erabt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenrecht und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Belehrensprache, Zusammensetzung des Richterstanges aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließlich Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschleunigung der Untersuchungsphase, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozess fordern wir: gleiche Rechtsverfahren für arde und Reine Streitwerte, unentgeltliches Güterverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Masserechts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schul- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Arbeitstrafe; Vermeidung der Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiederaufnahme neben oder statt der Strafe; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmasse; scharfe Umnutzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gemeinschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Bucerstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvolzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Hebung oder Vernichtung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausarresten; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuordnung des Bodenrechts im Sinne des Überwiegens der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung als Staat und Gemeinde; Verbot der Körperlichen Züchtigung in Schulen und Erziehungsanstalten; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Erbrecht; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Irrenrechts.

Zur Kulturpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt in nachstehenden grundsätzlichen Festlegungen und Forderungen:

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familien-erziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

2. Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die öffentliche Schule ist zur weitausgehenden Einheitschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Zuziehung des Volkelements, Elternräte.

4. Körperliche Erziehung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

5. Bestimmung- und erkenntnismäßige Erziehung zum Frieden.

6. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Vermittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

7. Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirt-

Zur Reform

des fremdsprachlichen Unterrichts.

Von Franz Diller.

In Nr. 378 des „Berliner Tageblatts“ hat Studentrat Dr. Dedel aus Berlin das Problem des fremdsprachlichen Unterrichts angegriffen und die während des Krieges bereits ausführlich erörterte Frage wieder aufgeworfen, ob Französisch oder Englisch die Anfangs- und Hauptfremdsprache an den Realgymnasien und Oberrealschulen sein müsse. Die Frage ist für Dedel von vornherein entschieden; er tritt mit allem Nachdruck für das Englische als die leichter erlernbare und praktisch und kulturell wertvollere Fremdsprache ein. Aber seine Gründe vermögen mich nicht zu überzeugen. Mit mir wird die Mehrheit der Fachgenossen der Ansicht sein, daß die sprachlichen Schwierigkeiten im Französischen und Englischen gleich groß, wenn auch verschiedener Art, sind. Die in beiden Sprachen vermittelten kulturellen Werte dürften sich ebenfalls die Waage halten, und nur aus praktischen Gründen könnte die Entscheidung nach der Seite des Englischen ausfallen — wenn die ganze Frage eine wirtschaftliche und politische und nicht eine pädagogische wäre.

Nicht die Weltgeltung eines Volkes oder irgendeine andere äußere Gelegenheit ist maßgebend für die Rolle, die eine Fremdsprache in der Schule spielt, sondern die pädagogische Überlegung: entspricht die Erlernung dieser Sprache einem innerlichen Bedürfnis und den natürlichen Kräften des Kindes oder nicht?

Mit dieser Fragestellung aber wenden wir uns von dem Teilproblem „Englisch oder Französisch?“ zu dem großen Problem des fremdsprachlichen Unterrichts überhaupt. Und wenn augenblicklich im Kultusministerium Verhandlungen schweben über die Umgestaltung der höheren Schulen, so sollte man sich einmal überlegen, ob nicht die übliche Hochschätzung der fremdsprachlichen Bildung grundsätzlich falsch sei.

Der hohe formale Bildungswert, der immer noch als Hauptgrund für die Notwendigkeit abstrakter fremdsprachlicher Bildung ins Feld geführt wird, hat sich längst als Fiktion herausgestellt. Formale Werte können in jedem Unterrichtsfach erarbeitet werden, in der Muttersprache, in Griechisch, Mathematik und Naturwissenschaft aber sicherlich in höherem Maße als in dem mühseligen Betrieb der Fremdsprachen. Daraus abgeleitet, ist es doch eigentlich selbstverständlich, daß eine deutsche Gegenwartschule von deutschem und neuzeitlichem Geiste erfüllt sein muß und nicht von der weltfremden Atmosphäre eines antiquarischen Humanismus oder polyglotter Sprachstümperei.

Die ersten 6 Schuljahre müssen frei von allem fremdsprachlichen Unterricht bleiben, wie das schon heute in den Landerziehungsheimen der Fall zu sein pflegt. Dafür kann auf Deutsch, Rechnen, Schreiben,

Naturwissenschaft und vor allem auf wertvolle und darsichtliche (künstlerische) Ausbildung um so größeres Gewicht gelegt werden. So erziehen wir schöpferische, aus dem Erlebnis heraus gestaltende Menschen statt der rein rezeptiven altklugen Allergewaltswisser, die unfähig sind, eine aus dem Schema herausfallende Situation zu meistern.

Wenn Einsetzen des fremdsprachlichen Unterrichts ist dem pädagogischen Grundgedanken „vom Leichteren zum Schwereren“ Rechnung zu tragen und das dreifache Ziel der allgemeinen (formalen) Weisheitsbildung, der Ausprägung fürs Leben und der Einführung in das tiefere Verständnis fremder Kulturen stets im Auge zu behalten. Für den ersten Unterricht muß eine leicht erlernbare, einfache, die sprachlichen und begrifflichen Kategorien laap zur Darstellung bringende, schnell zum praktischen Gebrauch fähige Fremdsprache gewählt werden. Es wäre zu prüfen, ob nicht eine künstliche Sprache, etwa das Esperanto, dafür am geeignetsten wäre. Jedenfalls würde es die drei Forderungen der leichten Erlernbarkeit, der formalen Klarheit und der praktischen Verwendungsfähigkeit ausgezeichnet erfüllen. Auch würde es den Schülern, die mit dem 14. oder 16. Lebensjahre die Schule verlassen, die Möglichkeit internationaler Verständigung geben, während der heutige „Fünfjährige“ zwar in zwei oder drei Fremdsprachen grammatische Regeln und Vokabeln gelernt hat, in keiner aber sich auszudrücken versteht.

Die historisch gewordenen Fremdsprachen Latein, Griechisch, Englisch, Französisch usw. würden in ihrer Bedeutung als formelbildende, dem praktischen Bedürfnis dienende und Kulturwerte erschließende Unterrichtsfächer nicht herabgeleitet, sondern eher gestärkt werden, wenn sie erst auf vorgerückter Stufe nach freier Wahl und in beschränkter Zahl im Lehrplan erscheinen. Der Elementarunterricht ist auf einer reich fortgeschrittenen induktiven Methode zu begründen, wie das schon heute in den Reformanstalten mit Latein und Griechisch verusucht wird. Der Oberkursus müßte vor allem die kulturellen Werte pflegen, in den modernen Sprachen auch den praktischen Zwecken der geläufigen Verständigung dienen.

Eine solche Reform des sprachlichen Unterrichts würde eine Verrückung der höheren Schule von harten Geistes- und Gedächtniszwang und einen großen Fortschritt auf dem Wege zur Einheitschule, d. h. der elarischen, jede Begabung entweidenden und gleichmäßig schädigenden Lebens- und Arbeitsschule, bedeuten. Für den Uebergang ist als Mindestforderung anzusetzen, daß die Anfangsfremdsprache in den einzelnen Schularten nicht dogmatisch festgelegt wird, sondern den praktischen Verisuchen und der lokalen Eigenart der verschiedenen Anstalten (Landesgrenze, Handelsbeziehungen) überlassen bleibt.

Der Vorstand des „Bundes unabhängiger Schulreformer“ hat eine von mir ausgearbeitete im Sinne der vorstehenden Ausführungen gehaltene Eingabe an das Kultusministerium einstimmig gutgeheißen.

Walter Scott und der Ruhm. Walter Scott, dessen hundertfünftägigen Geburtstag neulich Edinburgh und ganz England feierte, scheint auf seinen Dichterruhm, den er ja auch bei Lebzeiten in hohem Maße genos, nicht sehr viel Wert gelegt zu haben. Die ihm angebotene Würde des Poeta Laureatus lehnte er ab und betrachtete seine Schriftstellerei hauptsächlich als Mittel, seine Stellung als Gentleman aufrechterhalten zu können. Er wurde lieber als „Scott von Abbotsford“ empfangen denn als Verfasser des „Waverley“. Lange Zeit verheimlichte er seine Autorität an diesem Roman, der so schnell berühmt wurde, und war verlegen, als man ihn bei Hofe „entlarvte“. Er war ein nicht gerade sehr glücklicher Geschäftsmann, mitbeteiligt an Buchdruckereien und Verlagsanstalten, und schrieb viele seiner Werke eilig und um des Gelderwerb willen; er, der in seiner Jugend in der Familienchronik der Scotts und Rutherfords, seiner Ahnen, in romantischer Weltvergessenheit geträumt hatte, der als Jüngling eine Nacht in dauernder Erregung über Bürger Leonorenballeaden nachschaffend und neugierig verbrachte. Ein Reiter und Jäger war er glücklicher mit seiner Meute als am Schreibtisch. Seine Tochter wurde gefragt, wie ihr die „Dame am See“ gefiele; sie sagte, sie habe sie nicht gelesen; „Walter sagt, es ist nicht so schlecht für junge Menschen, als schlechte Gedichte zu lesen.“

Die Oldenburgische Gemädegalerie. Die Revolution hat überall in der Auseinandersetzung mit dem Kunststich der Fürsten, der längst öffentlichen Charakter angenommen hatte, halbe Arbeit gemacht. Infolgedessen konnte der ehemalige Großherzog von Oldenburg einen sehr wertvollen Teil seiner Galerie nach Amsterdam verbringen, obwohl wir eine Inventarisierung national wichtiger Kunstwerke haben, deren Ausfuhr verboten ist. Ein jetzt zustande gekommener Ausgleich sichert ihm die Kunstschätze. Die im Lande verbliebenen Kunstwerke will der Staat zum Tauschpreis des Prof. Pauli-Damburg kaufen. Sonst kann der rechtmäßige Eigentümer damit machen, was er will. Das nennt sich deutsche Kunstpolitik in der Republik!

Das Neue Theater am Zoo eröffnet am Sonnabend die erste Spielzeit mit Rudolf Egers Spiel „Die kleine Leinwand“.

Am Deutschen Overhaus wird am Sonntag Robert Hull von der Berliner Staatsoper ein einmaliges Gastspiel als Ramiro im „Troubadour“ geben. Die neue Wästin, Frau Carla Kaslag-Earlen, singt zum ersten Male die Katerina.

Eine neue Chifferschule wird in Berlin Mitte Oktober unter Aufsicht des Staatsrats und unter Mithilfe der Stadt Berlin unter dem Namen „Deutsche Schule für Chiffre und Phototypie“ eröffnet. Im Naturstudium wird dort gründliche theoretische und praktische Berufsausbildung gewährt. Direktor des Dr. Albin, Berlin SW, Großbrennerei 13.

Auf in die Alpen! Gemacht, gemacht! wird der Leser antworten bei den Besuchen, der Ueberführung, die sogar Landeständige seinen Platz mehr in den bayerischen Bergen finden läßt (Tirol ist auf dem besten Wege, eine Fremdenalle zu werden). Aber wir meinen es auch nur bildlich. Der Alpenfreund (München, Bildenmaterie 49) vermag einen Erfolg für eine Alpenreise zu bieten. Die monatlich erscheinende Zeitschrift ist reichlich und vor allem illustriert eine Reiseleitung. Schilderung von Alpentouren, frische Naturgedichte, Erzählungen, populärwissenschaftliche Artikel geben einen reichen Inhalt, der von einem kranke herrlicher Bergbilder gekrönt wird. Neben den guten Textbildern gibt es regelmäßig wichtige Kunstblätter in Tiefdruck. Der Preis ist billig: das Heft 5 M., Quartal 12,50 M.

Eine vorläufige Abrechnung.

Generalversammlung der Betriebsräte.

Das Geld und die Abrechnungen der Unterkommision...

Rachdem die Kommunisten den vergeblichen Versuch...

Richard Müller, Vorsitzender des alten Vollzugsrats...

Wie könne man behaupten — entrüstete sich Müller —...

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Die Unterredung hatte in dem Bureau des Ingenieurs...

Mannheimer war gar nicht erstaunt. Er gab sich so...

Reisner sprach tonlos und matt, nichts von Mut war in...

„Sie haben mich betrogen, Mannheimer,“ sagte Reisner...

Mannheimer lächelte mißfällig. „Berzählen Sie, mein...

„Was meinen Sie —?“

Mannheimer sah ihn durchdringend an und hatte doch...

Reisner wurde übel. Er schluckte und schluckte und suchte...

Die endgültige Abrechnung

für April bis Oktober 1920 werde noch erfolgen, und sie...

vorhanden sein. Der jetzigen Versammlung aber, die keinen...

noch eine Summe von 230 000 M.

worden. Aus den Geldern seien Unterstüßungen gezahlt an die...

der „Freiheit“ ein Darlehen von 200 000 M.

zu verschaffen. In einer Sitzung der Parteileitung der Unabhängigen...

in der Diskussion führte Hildesheim aus, daß niemand...

Bernhard Krüger bedauert namens der sozialdemokratischen...

Schnellig! Klarheit geschaffen werden.

wie die Dinge stehen, damit nicht die Sammlungen für das...

Nach einem Schlußwort Emil Barths erklärte Edert:

Folgende Resolution wurde mit überwiegender Mehrheit an...

nach einem Wort, das ihn retten könnte, nur für einige...

Es gab eine Pause, die Reisner endlos schien.

Mannheimer glitt sachlich über sie hinweg, mit einer...

„Rein,“ sagte Mannheimer kurz.

„Wo — ist sie?“ fragte Reisner angstvoll, denn es...

Mannheimer strich vorsichtig die Asche von seiner Zigarre.

„Ein Mann interessierte sich für die Bürgschaftserklärung,“...

„Ein Mann namens — Behrens.“

Reisner schlich die Straße entlang und empfand es als...

Er sah die Leute an, an denen er vorüberging, und wußte...

Groß-Berlin

Nimmer rasten...

Auf der Funktionärskonferenz des „Bereins Arbeiterjugend Groß-...

Zu der Debatte wurde von einigen Rednern ein sehr umrissenes...

„Eine Resolution, die alle Funktionäre verpflichtet, mit allen...

Paragraph 193!

Der Kaufmann Paul Kimmel aus Süderdorg hatte sich vor...

Der Angeklagte hat am 14. April 1920 ein Telegramm an den...

sprach die Zahlen laut aus und nickte billigend dazu. „Acht-...

Er ging weiter, und mehrere Mädchen kamen ihm entgegen...

Und plötzlich fiel ihm ein, daß er einmal in Kärnten gewe-

Mit einemmal war er in einer Anlage drin. Er setzte sich...

„Ach ja, Kinder...“ hatte er nicht auch ein kleines...

Er schüttelte verdrießlich den Kopf. Rein, auch daran...

„Ach, wie schön war die Zeit gewesen, da er allein gewesen...

Rein, arbeiten würde er heute nicht mehr. Er begriff...

„(Fortf. folgt.)“

dem Präzidenten bringe. Die Beschwerdebefehle schloß mit der Bitte um Abhilfe. Der Angeklagte bekannte sich vollinhaltlich zu seiner Unschuld und erbot sich zum Wehrheitsbeweis. Die Justizwachmeister Thoma und Schmidt bekundeten als Zeugen, daß Schwerverbrecher und als Zeugen geladene Frauen in einem Zimmer vernommen wurden und die Zeugen nicht nach ihrer Ueberzeugung aussagen konnten. Eine Frau R. habe zu ihm geäußert: „Na, denken Sie, ich werde mich unglücklich machen und mich von dem Verbrecher totschlagen lassen, da sage ich lieber gar nichts.“ Ferner wurde unter Beweis gestellt, daß der Amtsgerichtsrat zwei Einbrecher, Gebrüder Nieblich, entlassen habe, so daß einer bis heute spurlos verschwunden sei. Von sechs Einsprüchen in den Reichsrichter des Angeklagten, die einen Schaden von 45 000 Mark verursachten, sei bis heute kein einziger geklärt worden.

Der Staatsanwalt beantragte wegen des schweren Angriffes auf einen Justizbeamten 1000 Mark Geldstrafe, da heute das Ansehen der Justiz doppelt gemehrt werden müsse. Berechtigte Interessen habe er nicht zu vertreten gehabt. Der Verteidiger bezeichnete die telegraphische Beschwerde an den Justizminister als den intensiven Weg, den der Angeklagte beschreiten konnte. Dem Publikum dürfe heute kein Kauford umgehängt werden. Auch die Justiz müsse Kritik vertragen können wie jeder andere Stand und sei in dieser Hinsicht nicht unantastbar. Der Angeklagte habe bewußt den Vorwurf der Feigheit und Schlappheit erheben wollen, aber dafür keinen anderen Ausdruck gefunden. Ihm gebühre daher der Schutz des § 193. Die Strafkammer sprach den Angeklagten frei, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Der Silberdiebstahl in der „Ressource“.

Ein falsches Geständnis.

Die schon viel erörterte Frage der Glaubwürdigkeit polizeilicher Geständnisse bildete den Gegenstand längerer Ausführungen der Verteidigung in einer umfangreichen Strafsache vor der ersten Ferienkammer des Landgerichts I.

Wegen des im November v. J. in der sogenannten alten „Ressource“ von 1794“ in der Schadowstraße verübten Einbruchdiebstahls, bei welchem ein altes Tafelsilber im Werte von ca. 200 000 Mark in die Hände gefallen war, hatten sich jetzt der Kellner Franz Born, der Kaufmann und Inhaber einer Silberschmelze Wilhelm Zimmer und der Einkäufer Richard Wehrhahn vor dem Strafgericht zu verantworten. In der Nacht zum 11. November v. J. wurde in der „Ressource“ das gesamte Tafelsilber gestohlen. Als den Dieb ermittelte die Kriminalpolizei den jetzigen Angeklagten Born, der früher in der „Ressource“ als Kellner tätig gewesen war. Vor der Polizei legte B. das Geständnis ab, daß er den Diebstahl auf Anstiften der Mitangeklagten Zimmer und Wehrhahn verübt habe. Das Silber sei sofort zu Zimmer in die Silberschmelze geschafft und dort zerhacken und eingeschmolzen worden. Die Folge war, daß beide unter dem Verdacht der Anstiftung und der Hehlererei ebenfalls verhaftet wurden. Schon in dem Vorverfahren wies die Verteidiger nach, daß der Angeklagte Born vor der Polizei ein falsches Geständnis abgelegt habe, da ihm gesagt worden war, wenn er seine Mitäter nicht nenne, so würde er nicht aus der Haft entlassen werden. In der jetzigen Verhandlung räumte Born auch ein, daß er tatsächlich die beiden Mitangeklagten zu Unrecht beschuldigt habe, um dadurch auf freien Fuß zu gelangen. Die Folge war, daß Zimmer und Wehrhahn auf Antrag der Verteidigung auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurden. Da Born im Felde schwer verwundet worden war und sich in Not befunden hatte, erkannte das Gericht gegen ihn nur auf ein Jahr und 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Salvarjan.

Eine Anklage wegen Salvarjanverfälschung führte gestern 6 Personen vor das Wuchergericht des Landgerichts II, und zwar die Apotheker Artur v. Jagemann, Wilhelm und Ludwig Gerson, den praktischen Arzt Dr. med. Gottfried Benn, den Grafen Ludwig Fint v. Fintzstein und den Schauspieler Franz Weber. Der Angeklagte Gerson ist der Besitzer des Hauses Belle-Alliancestr. 12, ein Vater Gersons, in dem Dr. Benn seine Praxis ausübt. Der Angeklagte von Jagemann lebte 7 Jahre in Hankow in China und hatte dort eine Apotheke betrieben, die er infolge des Krieges aufgeben mußte. Er beabsichtigte, nach dort zurückzukehren, um sich als Pionier des Deutschlands von neuem eine Stellung zu erobern. Zu diesem Zwecke hatte er 10 Kilo Salvarjan zusammengekauft, das er nach China mitnehmen wollte. Da er aber in persönliche Bedrängnis geriet, entschloß er sich, es hier wieder zu verkaufen. Dr. Benn erzählte dies geschwätelnd dem Grafen v. Fintzstein, der als Vorstandsmitglied einer in Bildung begriffenen, den Warenverkehr zwischen Industrie und Landwirtschaft begünstigenden Genossenschaft „Aufstieg“ viel in Handelskreisen verkehrte. Von ihm erfuhr es die Schauspieler Weber und Schmieder, die sich im Nebenberuf mit Vermittlungen befaßten. Von Schmieder erfuhr wieder der mit der Polizei in Verbindung stehende Privatdetektiv Grünberg von dem Vorhandensein einer größeren

Menge Salvarjan, das verkauft werden sollte und er witterte eine ungelegliche Salvarjanverfälschung. Er trat nun mit Schmieder zusammen als angeblicher Käufer des Salvarjans auf und verhandelte sowohl mit v. Jagemann als auch mit Dr. Benn über den Verkauf, der aber trotz wiederholter Bemühungen der beiden angeblichen Käufer immer wieder abgelehnt wurde. Nunmehr machte Grünberg dem zuständigen Kriminalkommissar Mitteilung von der angeblich beabsichtigten Salvarjanverfälschung, dieser nahm eine Durchsuchung in der Gersonschen Apotheke vor und fand dort und in der Privatwohnung des Ludwig Gerson das dem v. Jagemann gehörige 1 Kilogramm bzw. noch 6 1/2 Kilogramm Salvarjan vor. Der Angeklagte Ludwig Gerson behauptete, daß er diese Menge erworben habe, um sie in seiner Apotheke in den vorgeschriebenen Dosen abzugeben. Die Beweisnahme förderte so wenig belastendes Material gegen die Angeklagten zu, daß sowohl der Staatsanwalt als auch die Verteidiger die Freisprechung beantragten, auf die das Gericht auch erkannte.

Immer noch Waffenjude.

Gestern vormittag wurde bei dem Wirtner des Hauses Rolkestraße 40 in Lichterfelde namens Grünland eine Hausdurchsuchung vorgenommen, an der sich Kriminalbeamte und Schutzpolizisten beteiligten. Man fand 15 Gewehre Mod. 98, einen Kasten mit Munition und einen Maschinen-gewehrkopf. Grünland hatte sich seiner Festnahme durch die Flucht entzogen. — Der Verwalter des Hauses Müllerstr. 29 entdeckte gestern beim Reinigen des Grundstückes eine 7,5-Zentimeter-Granate, die er der nächsten Wache der Schutzpolizei ablieferte.

Polizeilicher Plakatkrieg.

Gegen das Ankleben von Plakaten und Zetteln an anderen als den erlaubten Stellen will sich das Polizeipräsidium in Zukunft energisch wenden, wobei es sich auf den § 120 der Berliner Straßens-Polizeiverordnung vom 25. Januar 1917 stützt, in welchem es heißt:

„Zettelanschlage, die von der Straße aus sichtbar sind, dürfen außer an den hierzu behördlich bestimmten Vorrichtungen (Anschlag-säulen u. dergl.) nur auf denjenigen Grundstücken angebracht werden, auf die sich ihr Inhalt bezieht. Auch sind Zettel, die lediglich Geschäfts- oder Wohnungsverlegungen anzeigen, auf dem zu beziehenden wie auf dem verlassenen Grundstück während dreier Monate vor und nach der Verlegung zugelassen. Die Vorschriften des Absatzes I gelten auch, wenn die Zettel in Schaufenstern oder Schaukästen untergebracht werden. Das Anbringen von Reklametzellen in den Schaufenstern leerstehender Läden bedarf der vorherigen polizeilichen Erlaubnis.“

„Strandgut“ am Landsberger Platz. Als vorgestern abend gegen 10 1/2 Uhr ein Wagen der Buttergroßhandlung M. Strunf, Barnimstraße 44, den Landsberger Platz passierte, brach plötzlich eine Wagenfeder. Schnell sammelte sich eine Menschenmenge, und als sie bemerkte, daß der Kutscher stark betrunken war, machte sie sich sofort an die aus Butterpateten bestehende Ladung heran und versuchte, die „günstige Konjunktur“ auszunützen. Zum Glück war aber eine Streife der Schutzpolizei zur Stelle, die dem Vergnügen ein Ende bereite und den Wagen dem benachrichtigten Besitzer übergab. Nach den Feststellungen der Firma fehlen für 2800 M. Butter.

Ein falscher Kriminalbeamter. In der vorhergehenden Nacht gegen 12 Uhr erschien in dem Lokal von Müller, Simon-Dach-Str. 1, ein Mann, der sich als Kriminalbeamter ausgab und Felerabend gebot. Da er sich nicht legitimieren konnte, hielt man ihn fest und benachrichtigte das Heberasskommando. Dieses nahm den Mann fest und brachte ihn zur Wache, wo er als der 85 Jahre alte Arbeiter Paul Fint festgesetzt wurde.

Der Tod auf dem Grabhügel. Gestern nachmittag besuchte der Arbeiter Otto Hente aus Charlottenburg das Grab seiner Angehörigen auf dem Friedhof am Fürstenbrunner Weg. Als der Kirchhof geschlossen worden war, unternahm der Inspektor noch einen Kontrollgang durch die Grabreihen und fand, auf einem der Gräber liegend, Hente tot auf. Allem Anschein nach hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht. Die Leiche wurde zur einwandfreien Feststellung der Todesursache dem Schau-hause zugeführt.

Regierbildungsbändchen Groß-Berlin. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Deutschen Opernhaus infolge der Erkrankung des Hauptdarstellers Herrn Bödel an Stelle der Oper „Die Schöne von Saragoja“ „Ael-land“ gegeben wird. Die Karten für diese Vorstellung sind bereits vergriffen. Für die Aufführung „Die Balläre“ am Donnerstag, den 15. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Reiter Welt, Hafenside, sind noch einige Karten zu haben. Preis 7,50 M. Wir bitten dringend, die Karten und Karten für die Festkonzerte abzuholen.

Leistung. Für Mutter und Tochter, Altenheuer Straße, quittieren wir noch folgende bei uns eingegangene Postbeträge: Sarre (Berlin) 10 M. — Fr. Riedel, Breslauer Str. 19 10 M. — Adolf Wölter 5 M. — Frauengruppe d. S. u. G. Akt. 31,50 M. — Dr. Scholz, Cottb. 24 10 M. — Ungenannt 10 M. — Gise Meyer 30 M. — Schemel 100 M. — R. und J. G. 5 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 25. August:

1. Kreis Prenzlauer Tor. 7 Uhr Kreisparteiverammlung in der Schulstraße 67. Aufforderung der Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenwahl.
2. Abt. Wilmersdorf. 6 Uhr im Viktorien-Garten, Wilhelmstraße 114/115, erweiterte Vorstandssitzung mit den zur Kreisabstimmung gewählten Kreisdelegierten. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.
3. Abt. Köpenick. 7 Uhr Parteiverammlung bei Köpcke, Karlsgarten, Ecke Fontanestrasse.
4. Jungspülkassen. Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr in der Gemeindefestung Straßmannstr. 6, „Reinlich-Heine“-Abend. — Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 81, Vortrag: „Meine Einträge in die Parteibücher“. Referent: Genosse Anst. — Gruppe Treptow und Süden: 7 1/2 Uhr in der Juristischen Sprachschule, Lindenstr. 3, Bezirkskongressabend. — Gruppe Köpenick: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Kogacki, 53, Vortrag über „Parteilosigkeit“. — Gruppe Brigi: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Chausseestr. 48, Mitgliederversammlung. — Gruppe Spandau: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Neuenhofer Str. 3 (altes Schulhaus), Vortrag über „Parteilosigkeit“. — Gruppe Tempelhof: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Germaniastraße (Kasern), Vortragabend. — Gruppe Schönehauser Vorstadt: 7 1/2 Uhr bei Carl, Wlgerstr. 69, Mitgliederversammlung.

Morgen, Freitag, den 26. August:

1. Kreis Tiergarten. Achtung! Zur Ankündigung des Genossen Heller versammeln sich die Mitglieder des Kreises nachmittags 3 1/2 Uhr am Krematorium, Reichsstr. 6. — Der Kreisrat.
2. Kreis Wedding. 7 Uhr bei Reckin, Banstr. 66, Sitzung des Kreisvorstandes und Abteilungsleitungen. Sämtliche Bezirks- und Stadtverordnete des Kreises sind eingeladen.
3. Kreis Steglitz. Auskunft für Arbeiterwohlfahrt: 8 Uhr bei Stawaffer, Steglitzer Str. 1, Sitzung.
4. Kreis Köpenick. 7 Uhr Kreisparteiverammlung in Köpenick im Städtischen Theater. Alle Stadt- und Bezirksverordnete müssen erscheinen.
5. Kreis Friedrichshagen. 7 Uhr gemeindefestliche Kreisversammlung aller drei sozialistischen Parteien im Schloß Schönehausen, Lindenstr. 11. Referent: Genosse Dr. Karlen: „Die Gemeindefestung und ihre Bedeutung für die Zukunft unserer Kinder“. — Freie Aussprache.
6. Männerchor Friedrichshagen. Von 7-10 Uhr Sprechstunde in der Schulstraße 67, 4. — Am Sonntag, den 3. September, Sprechstunde zur „Balläre“, anschließend Tanz in Schmitz's Festhaus, Reichstr. 36. Der Tag Sonntag, den 4. September, geplante Sommerausflug findet deshalb nicht statt.

Frauenveranstaltungen am Freitag, den 26. August:

1. Kreis Tiergarten. 7 1/2 Uhr Frauenversammlung in der Bogenhofer Brunnen (Weber Saal), Turm, Ecke Straußstraße. Referent: Genosse Dr. Kallmann: „Was kann die Frau für den Sozialismus tun?“ Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.
2. Abt. Schöneberg-Friedenau. Sonnabend, den 27. August, Familienausflug nach Hahnenberg, Gärten Waldsiedlung, Krümme Bank. Treffpunkt 4 Uhr nachmittags am Wannenseebahnhof Friedenau. Besichtig. Kinderbeschäftigungen, Kaffeekochen. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Bereich Arbeiter-Jugend. Sekretariat: G. B. Lindenstr. 3, 2. Hof Unte, 2 Treppen rechts. Telefon: Nr. 121 66-10.

Heute, Donnerstag, den 25. August, abends 7 1/2 Uhr:

- „Wanderzug“ Jugendheim Zeitstraße, Döbmitz: „Die Reichsregierung“.
- „Johannistag“ Jugendheim Johannes-Berner-Straße, Vortrag: „Jugend und Militarismus“.
- „Niederländerabend“ Jugendheim Berliner Straße, Vortrag: „Gloßbrücker“ (Mit-Berliner Humor).
- „Kerben“ Jugendheim Putzener Straße 36, Vortrag: „Echt und Weltanschauung“.
- „Kerbst“ Jugendheim Putzener Straße (Realschule), Literaturgruppe.
- „Ohr“ (Stalauer Viertel): Jugendheim Kogacki, 53, Vortrag: „Was bietet die Verfassung den Jugendlichen?“
- „Schönehauser Vorstadt I“ Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 29, Referent: „Der Aufstieg“.
- „Süden“ Jugendheim Schule Stallseebühl, 54, Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin, G. B. Den Materialverwaltern der Abteilungen zur Kenntnis, daß Material am Freitag, den 28. d. M., abends 7 Uhr, in der Schule Kananstr. 18 abgegeben wird. Unfälle ersuchen notwendig.

Aus aller Welt.

Furchtbare Luftschiffskatastrophe in England: 41 Tote.

London, 24. August. (WIZ.) Das große lenkbare Luftschiff ZR2 ist oberhalb von Hull explodiert, die Trümmer sind in den Ämberflut gefallen. Das Luftschiff setzte von einer versuchsweisen Kreuzfahrt vor der Ueberquerung des Atlantischen Ozeans zurück. Das Personal des lenkbaren Luftschiffes umfaßte 47 Mann, sechs davon blieben am Leben.

Nach einer weiteren Meldung aus Hull überflog das Luftschiff Z2, das demnächst den Atlantischen Ozean durchqueren sollte, heute nachmittags um 1/2 6 Uhr die Stadt, als es explodierte, in zwei Teile zerfiel und in den Humber stürzte. Das Luftschiff war an die amerikanische Regierung verkauft. Als das Luftschiff abstürzte, sahen Tausende von Menschen dem Flug zu. Sie ergriffen panikartig die Flucht, um sich vor den abstürzenden und in den Fluß fallenden Trümmern zu retten. Ein Teil der Trümmer fiel auf den Viktoriastrand. Ein Augenzeuge erzählt, daß er mindestens vier Mann mit Hilfe eines Fallschirmes aus dem Luftschiff herabkommen sah. Drei Menschen hingen an einem einzigen Fallschirm. Durch die heftigen Explosionen sind alle Fenster Scheiben und Schausenster der Häuser und Geschäftshäuser, die am Fluß liegen, zerstört.

Wetterbericht bis Freitag mittag: Im Norden überwiegen heiter und fortwährend trocken, in den Tagesstunden überall warm. Im Süden vorübergehend stärker bewölkt, trübselige leichte Gewitter, später dann etwas Abkühlung.

Besonders günstige Angebote!

- Jackett-Anzüge biangan-, schieferblau, gestreift und in anderen schönen Farbentstellungen, mod. verarbeitet. M. 750, 600, 500, 300 135⁰⁰
- Jackett-Anzüge aus gutem, dunklen sehr haltbaren Kammgarnstoffen, vornehmlich Nachart. M. 900 790⁰⁰
- Jackett-Anzüge hochlegant, Ersatz für Mass, aus besten Stoffen verarbeitet. M. 1200, 1000 800⁰⁰
- Sport-Anzüge mit Breeseehosen, aus gutem Leinwandstoff, in grauer, grüner und brauner Farbe. M. 500 400⁰⁰
- Sport-Anzüge aus Homespun und Manchester, in den neuesten Fassons. . . M. 750 600⁰⁰
- Cutaway u. Westen marango und schwarz, guter Stoff, tadelloser Sitz und Verarbeitung. M. 900, 750 600⁰⁰
- Gehrock-, Smoking- u. Frackanzüge in großer Auswahl, aus nur erstkl. Stoffen, anfangend mit 1000⁰⁰

- Buckskin-Hosen darbe, haltbare Ware, gestreift und mattert. M. 55 40⁰⁰
- Kammgarn-Hosen in vielen schönem Streifenmustern. M. 170, 150, 120, 98 72⁰⁰
- Kammgarn-Hosen elegante Art, aus vorzüglichem Stoffen. M. 350, 300, 250 200⁰⁰
- Breeches-Hosen aus Homespun und Loden. M. 175 140⁰⁰
- Manchester-Hosen Sportfasen und lange Hosen in vielen Farben. M. 185 150⁰⁰
- Militär-Hosen nur aus gutem festem Qualitätsstoff. M. 108 95⁰⁰
- Arbeiter-Hosen aus einwandfrei feingewebtem Drell. 48⁰⁰

- Ulster, Schlüpfer, Raglans aus Homespun und Cheviot, in den modernsten Fassons. M. 700, 550, 425 285⁰⁰
- Schlüpfer u. Raglans aus prima Stoffen, in erstklassiger Verarbeitung. M. 1000, 900 800⁰⁰
- Paletots aus marango Cheviot, gute Qualitäten in Stoff und Zutat. M. 800, 700 575⁰⁰
- Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossene u. mit Fasen, in guten Qualitäten. M. 550, 400, 350 265⁰⁰
- Gummimäntel in Double und Covercoat, hervorragende Qualität. . . M. 750, 650 550⁰⁰
- Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden. M. 450, 425, 350, 275 225⁰⁰
- Loden-Pelerinen für Damen und Herren aus weitherischem Strichloden. M. 250, 225 190⁰⁰

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutat — Sehr mäßige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Lebensmittel *Befonders Billige Angebote*

Frisches Fleisch		Wurstwaren	
Hammel-Vorderfleisch ... Pfund	9 ⁵⁰	Leberwurst	Pfund 12 ⁰⁰
Hammel-Keule ganz oder geteilt... Pfund	10 ⁵⁰	Ro'wurst	Pfund 12 ⁰⁰
Kalb-Vorderfleisch	Pfund 9 ⁷⁵	Lan'leberwurst	Pfund 14 ⁰⁰
Kalbs-Keule ganz oder geteilt	Pfund 11 ⁵⁰	Jagdwurst	Pfund 19 ⁰⁰
Suppenfleisch	Pfund 8 ⁵⁰	Schinkenspeck geräuchert	Pfund 14 ⁰⁰
Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund 13 ⁰⁰	Würstchen (Amerikan) in Dosen	Dose 5 ⁹⁵
Gehacktes	Pfund 10 ⁵⁰	Rindfleisch in Dosen	Dose 5 ⁹⁵
Gulasch	Pfund 12 ⁰⁰	Rindertalg	Pfund 10 ⁷⁵
Spitzbeine gepökelt	Pfund 3 ⁵⁰	Kaninchen gefroren	Pfund 3 ⁹⁰
Margarine	Pfund 9 ⁵⁰	Kaffee frisch gebrannt 1/4 Pfund	9 ⁰⁰
Roggenmehl	Pfund 2 ⁹⁵	Gebrannte Gerste	Pfund 3 ⁷⁰
Weizenmehl 70%	Pfund 3 ⁷⁵	Harzer-Käse	Pfund 7 ⁸⁰
		Landkäse	Stück 3 ⁷⁵
		Bücklinge geräuchert	Pfund 4 ⁸⁰
		Salzheringe groß	Stück 2 ⁵⁰

Jandorf

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Lohengrin
3 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Peer Gynt
9 1/2 Uhr

Deutsches Theater
7 Uhr: Kean
Freitag 7 Uhr: Kean
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter
Freitag 7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
8: Die Weber (1. Abt. & Ab.)
Freitag: Die Weber (Auss. Abon.)

Theater 1. d.
Königgrätzer Str.
Täglich 7.30 Uhr:
Notruf
Drama von Herrn. Sudermann

Berliner Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Milliarden
SOUPER

Komödienhaus
7.30 Uhr: Der blonde Engel

Central-Theater
8 Uhr: Jionka

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Carmen
Friedr. Wilhelmstr. Th.
7 1/2 Uhr: Die kleine aus der Hölle

Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die blaue Mazur
Neues Operntheater
7 1/2 Uhr: American-Girl
Neues Theat. a. Zoo
Sonntagabend, 27. Aug. 7 1/2 Uhr:
Eröffnungsvorstellung
Die kleine Locassot
Ein Spiel von Rud. Eger
Kottbuser-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: Nora

Schloßpark-Th. Sieglitz
7 1/2 Uhr: Luise als Verliebte
Die Mitschuldigen
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Mascottchen
Tham Nollendorfsplatz
8 Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Th. d. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: Die Dielenhexe
Theater des Westens
Freitag, 26. 7 U. z. 1. Maler:
D. Brant d. Lucillus
Morgen
7 Uhr: Nixchen
Walthalla-Theater
7 1/2 Uhr: Die Scheidungsreise
Volksoperette
Walthalla-Theater
Eröffnung u. September
Die schöne Helena

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Der Opernball

Lessing-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr:
Wem gehört Helene?
Valent. Waidmann, Herrmann

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Hansi Armstadt in
Der Dieb (Le voleur)
Emil Mamelok, Richard
Eivonack, Adels Harwig,
Heinrich Marlow

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Ida Wüst in
Die große Leidenschaft
Willy Gatzwitz,
Emil Stutzmann

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Totentanz
Paul Wegener
Irene Triesch
Paul Biersfeldt
Folles Caprice
Linienstr. 132 am Oranienbg. T.
Täglich 8 Uhr:
D. Geliebte a. Teilung
Fiebertaumel

Bentschen-Meseritz
mit Ferd. Grünacker

CASINO-THEATER
Lotharinger Str. 37 — Tägl. 7 1/2
Das neue Eröffnungssprogr.
mit der Spitzbuben-Proz.
Exzellenz Maxe.
Vorher: Das letzte Sinnespiel
End wem es lustig passiert
Sonntag 3 1/2: Mittelreiset.

Rose-Theater
8 Uhr:
Jugend
Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 16077
Täglich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Witz! Komik!
Urkom. Typen!
Gößler Lacher oig!
Vvkl. 11 1/2 u. 4-6 Uhr

Reichshallen-Theat.
SYTTINER
SÄNGER
Ani 7 1/2 Uhr u.
Stg. nachm. 3 U.
Varieté, Bühn.,
Brett! Sani u.
Garten

WINTERGARTEN
Haas-Heye-Ballett
sowie der große
— Varieté-Spielplan —
Rauchen gestattet!

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Internationale
Ringkampf-
Konkurrenz
„Varieté“

Die kleine Locassot
EIN SPIEL IN 3 AKTEN VON RUDOLF EGGER
LEITUNG DES SPIELS: HANNES FISCHER
PERSONEN: Harry Jerome, Rosane, Graf Jambville, Marquis von Guiche, Clarisse Gregoire, Professor Dumoulin, Bonnet, Gaspard, Joronus, Joronus Chauffeur, Hans Söh, Lilo Bulg, Eduard Rothauer, Ulrich Saffac, Daisy Ferrers, Ernst Reinund, Franz Jfenger, Ernst Gronau, Ernst Kupferschmidt, Hans Marlow.

NEUES THEATER AM ZOO
DIREKTION GUSTAV CHARLE
JM LANDWEHRKASINO
UNTERGRUND- UND STADTBANHOF ZOO
AMT STEINPLATZ 6554
BEI A. WERTHEIM & CO. IM JHVALLIDENDANK

17. AUGUST 7 UHR
KASSEN-ERÖFFNUNG 6 1/2 UHR
KARTENVERKAUF AN DER TAGESKASSE 11-12 UHR

Donnerstag, den 28. August, nachm. 3 Uhr:
Rennen zu Karlsruhorst
7 Rennen

Technikum Strelitz
(Mecklenburg)
Gesamtes Jagdenieur- u. Bautech. Wintersemester: 7. Oktober. Vorlesungsinhalt wird berücksichtigt. Programm umsonst.

Anzüge, Paletots, Ulsier aus la Maßstoffen
elegantier Sitz, pr. Koßhaar-Verarbeitg., selbst gefertigt, v. 400 M. an auf Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M. Geb. u. Sportpelze fabelhaft billig!

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Frecht- und Passagierbeförderung nach
SÜD-AMERIKA
Brasilien - Argentinien und anderen Staaten Südamerikas
Mexico - Cuba Afrika - Ostasien
Reisegepäck - Versicherung Lloyd-Luftdienst
Nähere Auskunft, Fahrkarten und Drucksachen durch Norddeutscher Lloyd Bremen und seine Vertretungen
In Berlin: Norddeutscher Lloyd Kajütenbureau, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon). P. Montanus, Invalidenstr. 93.

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe

Verkäufe
Gasthof-Mandib, Eder, Hald, Wiese, Kirchgrundstück, Quadratmeter 15 bis 35, Mist, Anbauung 100 Wert, Gärten, Stiege, Bismarckstraße 12, Bernstr. 294.

Rezeptsäfte, einmaliges Angebot, große Exemplare, zum Auswählen, von 20.- an, Silberfische, Goldfische, Mastdarm, usw. fabelhaft billig! Keine Kommodore, Weißhaus Brunnenstraße 5.

Musikinstrumente
Bläser, erlesen, neu und gebraucht, Instrumente, Scherz, Chaussestraße 100.

Tüchtiger Werkzeugmacher
Geht für die Schmitz und Stieren, gefacht, Offerten unter J. U. 5426 an Rudolf Hoffe, Berlin SW 19.

Unzeignerin 107/5 und Nachseherin
auf Herren-Overcoats, nur ganz geübt, verl. tel. Gebrüder Borchardt, Pappelallee 78/79.

APOLLO THEATER
Internationales August-Programm
Opium Träume
Einzelreuegeschichte mit 24 Damen sowie 10 Sensationen

Jagdgewehre, Automatische Pistolen
u. s. w., Kauf, Verkauf, Umtausch, Gewehr-Fabrik
Gustav Rätzel, W. 8, Markgrafstr. 50.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metalzschmelzwerke
Waldemarstr. 74
Telephon: Moritzplatz 9985

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lützenstraße 3

Schloßbaumeister
mit langjährigen Erfahrungen in diesem Fach wird von einer größeren Geldschonfabrik Berlin zum sofortigen Antritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf erbeten unter P. 26 an die Postexpedition des „Vorwärts“.

Justitier (Ginnäher)
für Anopfloch- und Fräsmaschinen verlangt
A. Herrmann & Co., Grüner Weg 109.

Meister
Ausf. Oif. mit Zeugnisabschr., Gehaltsanspr. u. Angabe von Referenzen erb. an
Wolf Netter & Jacob
Berlin W 15, Kurfürstendamm 52.

Steinholz-Bodenleger
Güldenlohn 200 tarifmäßige Putzungen. Reifgelehrte, sauernde Arbeit, selbst gefacht.
Schritt. Anfragen an Weststeinholz, Büffelberg Bergerstr. 7.

METROPOL
Berlinerstr. 54
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle Saison-Eröffnungs-Programm

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Internationale Ringkampf-Konkurrenz
„Varieté“

Franz Mehring:
Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters
Ein Leitfadens für Lehrende u. Lernende
Preis geb. Mk. 14.40

Rezeptsäfte
300.-, Rezeptfische 200.-, Wölfe 400.-, Silberfische, Goldfische, Mastdarm, usw. fabelhaft billig! Keine Kommodore, Weißhaus Brunnenstraße 5.

Rezeptsäfte
300.-, Rezeptfische 200.-, Wölfe 400.-, Silberfische, Goldfische, Mastdarm, usw. fabelhaft billig! Keine Kommodore, Weißhaus Brunnenstraße 5.

Rezeptsäfte
300.-, Rezeptfische 200.-, Wölfe 400.-, Silberfische, Goldfische, Mastdarm, usw. fabelhaft billig! Keine Kommodore, Weißhaus Brunnenstraße 5.

Rezeptsäfte
300.-, Rezeptfische 200.-, Wölfe 400.-, Silberfische, Goldfische, Mastdarm, usw. fabelhaft billig! Keine Kommodore, Weißhaus Brunnenstraße 5.

schafft durch Betriebsrätchen, wirtschaftlichen Volkshochschulen, Arbeiterakademien.

8. Popularisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, Erschließung der Kunstschätze der Museen und Galerien für die Allgemeinheit. Wanderausstellung in der Provinz, Ausbau der Volksbühnen und der Volkstheater. Pflege der Heimatkultur.

9. Religion ist Privatangelegenheit. Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsangelegenheit, Trennung von Staat und Kirche.

Die Völkerverbindungen und Internationale

erfreut die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach nachfolgenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.
2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinem Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.
3. Ausbau des Völkerrechts. Schließung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.
4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundgesetzes der offenen Tür für diese Gebiete.
5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.
6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.
7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.
8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.
9. Internationaler Zusammenhalt der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Der große Kummel.

Chue Hindenburg, aber mit Ludendorff.

Der mit großem Tantom angeführte „Frontkämpfer“ hat gestern in Berlin stattgefunden. Offiziersbünde, Haltenzuzler, Wachtstudenten und — trotz offiziellen Verbots — Kriegervereine hatten in voller Stärke mobil gemacht. Und dennoch war es eine Enttäuschung, der Clou der Veranstaltung fehlte — Hindenburg war ausgeblieben. Offenbar hatte er es doch im letzten Augenblick für ratsamer gehalten, sich nicht in diese zweifelhafte Gesellschaft zu begeben, nachdem der Reichswehrminister der Reichswehr die Teilnahme verboten und sogar der Vorsitzende der Kriegervereine, General von Heeringen, jede Beteiligung abgelehnt hatte.

Der Verlauf der Veranstaltung zeigte, daß der Feldmarschall recht getan hatte, sich hier nicht zu kompromittieren. Es war so ziemlich

alles an Rechtsbolschewisten

versammelt, was in Deutschland herumläuft: General von Batten, der russische Weisgardistenführer Awaloff Berman, Graf von der Goltz usw. Als „monarchische Spitze“ fungierte der erfolgreiche Kapitalverleiher Eitel Friedrich, dem offenbar seine Beurteilung wegen zweifelhafter Geldgeschäfte die Reichsregierung verschafft hat.

Die erste Ansprache hielt Generalmajor a. D. von der Goltz. Er ließ eine Schimpfkanonade gegen die „Hochverräter“ und „Ergalunken“ los, die zur Umdeutung wieder mal die Front erobert haben. Sprach auch von einem „unbegreiflichen Waffenstillstand“, der bekanntlich auf das infamste Fieber Hindenburgs und Ludendorffs Hals über Kopf abgeschlossen werden mußte, schimpfte über die „Leipziger Schmach“, womit er das Reichsgericht meinte usw. usw.

Aber über diese gewohnten deutschnationalen Schamschlagereien könnte man hinweggehen. Staatsgefährlich und an das Landesverräterische grenzend waren die fortwährenden Wiederholungen in seiner Rede wie der des andern Redners, des Grafen Waldersee, die dahin zielten, daß das deutsche Heer in irgend einer Form wieder aufgebaut werden müsse. Waldersee sagte: „Unser Schicksal und unser Leben hängen von dem Heer und die Büchse zu spannen“. Ueber die Kundgebung selber sagte Graf Waldersee: „Der Haß steht in Deutschland auf Wache. Deshalb haben wir Euch alle

heute zur Kontrollversammlung

gerufen“. Noch deutlicher wurde Graf von der Goltz, der erklärte: Wir jehdgrauen alten Soldaten müssen dafür sorgen, daß in irgendeiner Form ein Gesetz für die abgeschaffte allgemeine Wehrpflicht geschaffen wird.

Solche Aeußerungen sind für die Nationalisten der Gegenseite allerdings ein gesundes Fressen. Sie sind ein Signal für die Scharfmacher drüben, Deutschland noch mehr zu knebeln und zu mihandeln. Von einem „Freiheitskrieg“ wollte zwar Graf von der Goltz noch nichts wissen, weil man dazu Flieger, Tanks und Artillerie brauche, aber er will jederzeit gegen „Polen und Bolschewisten“ zu Felde ziehen! Schließlich gab er noch einen Tauschfidel über den Reichswehrminister Fehler aus, weil dieser der Reichswehr die Teilnahme verboten hatte.

Und dann sprach Ludendorff!

Denn er war natürlich erschienen, er konnte sich in jener Gesellschaft zu der er vortrefflich paßt. Herr Ludendorff, der jüngst in Frankfurt a. d. D. das Gedächtnis verloren hatte, „erinnerte“ sich jetzt. Er erinnerte sich eines Armeebefehls Hindenburgs vom 21. Oktober 1918, seinen „Jaulen Frieden“ zu schließen. Aber seiner Dring- und Blit-Telegramme aus der Periode seines moralischen Zusammenbruchs erinnerte er sich nicht. „Das internationale pazifistische Denken, die verfluchte Minierarbeit, haben den Befehl Hindenburgs nicht zur Ausführung kommen lassen“. So versichert Ludendorff.

Wenn wird sich endlich die Fokustät finden, die Ludendorff zum Ehrenaktor der Geschichte ernannt wegen seiner unergleichlichen Kunst, die geschichtlichen Wahrheiten zu verdunkeln?

Nach Schluß der Veranstaltung zogen die Teilnehmer in geschlossenen Rügen mit Fahnen und Uniformen durch die Stadt, wobei es zu allerhand nationalistischen Erzessen kam. Juden oder Personen, die man dafür hielt, wurden belästigt, Schimpflieder auf die Republik gesungen, Kaiserhochs ausgebracht usw. Die Polizei verhielt sich passiv.

Forderungen der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, der 300 000 Mitglieder zählt, hat dem Reichsarbeitsministerium neue Forderungen zum Ausgleich der Teuerung überreicht. Es werden verlangt:

1. Heraussetzung des Prozentsatzes der Teuerungszulagen, die zu den nach dem Reichsverforgungsgesetz zustehenden Gehältern gewährt werden, von 35 auf 80 Proz.
2. Erhöhung der Einkommensgrenze, von der ab Elternrente bezogen werden kann, von 3000 auf 6000 M. pro Jahr.
3. Beseitigung der in den §§ 63 und 64 des Reichsverforgungsgesetzes bei einem Einkommen von mehr als 7000 M. vorgesehenen Renten Kürzungen.
4. Beseitigung der sogenannten Ausgleichszulagen.

Für den Wegfall der Ausgleichszulagen sollen die Grundrente- und Schwerbeschädigtenzulage um je ein Viertel ihres Betrages erhöht werden. Dadurch soll die bis jetzt verschiedentlich bemessene Versorgung der vollständig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen einheitlich gestaltet werden. Der Reichsbund legt besonderes Gewicht darauf, daß auch zu den Renten, die noch nicht nach dem Reichsverforgungsgesetz anerkannt sind, sofort eine der Teuerung entsprechende Zulage gewährt wird.

Mit der Forderung der Heraussetzung der Teuerungszulage auf 80 Proz. hat sich der Reichsbund an die den Beamten in der Ortsklasse A jetzt schon gewährten Teuerungszulagen gehalten.

Demokratie oder Untergang!

Herr Dr. v. Campe, der Vorsitzende der Preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, legt seine Bemühungen, die Deutsche Volkspartei mit der gegenwärtigen Staatsform auszufließen, fort. Er veröffentlicht einen Artikel in der „Kölnischen Zeitung“, der in vielem mit dem Artikel der „Köln. Rundschau“ übereinstimmt, der seinerzeit hier ausführlich gewürdigt wurde. Wieder betont Herr v. Campe:

Demokratie ist die Grundlage unserer Ordnung und wird es sein, oder wir werden nicht mehr sein. Und an anderer Stelle betont er so:

Der Politiker, der diese demokratische Grundlage heute umstürzen wollte, wäre ein Narr oder ein Verbrecher. Erre ich nicht, so hat selbst Hergt oder ein anderer deutschnationaler Führer sich im mer a h n l i c h ausgesprochen.

Mit diesem letzten Zufall deutet Herr Dr. v. Campe aber auch die schwache Seite seiner Beteuerung an. Denn in der Tat ist es Herr Hergt gewesen, der so gesprochen hat — ganz wenige Wochen vor dem Kapp-Putsch. Und als dann der Kapp-Putsch kam, da hat Herr Hergt sich schmunzelnd die Hände gerieben. Und wo war der Protest des Herrn Dr. v. Campe in jenen Tagen?

Aber wir wollen Vergangenes vergangen sein lassen, wie Herr Dr. v. Campe das wünscht, wenn er sich ehrlich zu seinen neuen Ansichten bekennt. Aber auf eins muß hingewiesen werden: Seit dem Artikel der „Kölnischen Rundschau“ sind schon Monate vergangen. Eine mächtige oder zügelnde Wirkung auf die Agitation der Deutschen Volkspartei hat niemand bemerkt. Genau wie bisher werden Demokratie und Republik von der volksparteilichen Presse in den Rot gezogen. Aber noch mehr! Herr v. Campe schreibt in der „Kölnischen Zeitung“ auch folgenden Satz:

„Und der ist ein schlechter oder gar kein Politiker, der, wo die Dinge für abschbare Zeit überhaupt nicht zu ändern sind, wo sie hingegen sein wollen, gleichgültig, ob man mit ihnen einverstanden ist... verfassungsmäßig vorgehen, der Antäuge auf Veränderung der Verfassung stellen und unser Volk täglich von neuem beunruhigen wollte. Ruhe tut uns not, wir müssen uns einleben.“

Und welche Partei ist es, Herr Dr. v. Campe, die Volksabstimmung über die Veränderung der Reichsflagge verlangt, nachdem sie im Reichstag unterlegen ist, welche Partei ist es, die diese Verfassungsänderung sogar durch ein Mittel erstrebt, das notwendigerweise alle Leidenschaften für und gegen Republik und Demokratie aufpeißt? Ist das nicht am Ende die Deutsche Volkspartei? — Daß Herr v. Campe seine eigenen Parteifollegen als „Schlechte oder gar keine Politiker“ brandmarkt, ist zwar hart für diese, aber — es trifft zu!

Die Offensivtheorie.

In einem Artikel zum kommunistischen Parteitag, den er in seiner Zeitschrift „Unser Weg“ erscheinen läßt, giebt Paul Levi bitteren Spott über die jetzige Zentralkleitung der KPD aus, die erst die Märzaktion als den Triumph der Offensivtaktik gefeiert, hinterher aber beteuert hat, daß die Märzaktion rein defensiv gewesen sei. Er meint dazu:

Die Offensivtheorie ist — wir haben das schon früher gesagt — in keinem deutschen Schädel entstanden. Sie wurde nach Deutschland mitgebracht als ein Reispresent aus Keifen — wie man offiziell sich ausdrückt — die dem kleinen Bureau der Exekutive nicht allzu fernstehen. Die deutschen Zentralkomitee-Mitglieder waren nur die Trottel, sie unbefehen anzunehmen. Aber mit derselben Inbrunst, mit der sie im März in Deutschland die Köpfe hinhielten für diese mitgebrachte Theorie, hielten sie im Juni in Moskau — mit Respekt zu sagen — den Hintern hin, um sich für die Theorie verlohren zu lassen, zum Teil auch noch von denen, die die Theorie mit hierher gebracht hatten. O graufige Komödie! Aber sie mußten nicht, sie hielten „in guter Ruh wie's Lämmlein unterm Messer“ und meinten, wie jenes verlebte Mädchen, „je weher, desto besser“.

Den jetzigen Zustand der KPD stellt Levi folgendermaßen dar: Vor dem hallenser Parteitag habe sie die Homogenität (innere Einheitlichkeit) gehabt, aber nicht die Zahl, nach dem hallenser Parteitag die Zahl, aber nicht die Homogenität, jetzt nach dem Märzputsch habe sie weder die Zahl, noch die Homogenität.

Die Zusammensetzung der Moskauer Kurie.

Moskau, 20. August. (OZ.) Die Exekutive der Dritten Internationale hat aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss gebildet, dem Sinowjew, Bucharin und Radef (Rußland), Hedert (Deutschland), Sowarine (Frankreich), Gennari (Italien) und Bela Kun (Ungarn) angehören. Bucharin, Hedert und Sowarine sind gleichzeitig Delegierte der Exekutive beim Exekutivkomitee der Roten Gewerkschaftsinternationale. Im Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale hat Deutschland vier Vertreter (Unger, Schönhardt, Leo und Münzenberg), während Rußland durch zwei Delegierte und fünf andere Länder durch je einen Delegierten vertreten sind.

Kommunistischer Parteitag.

3. Verhandlungstag.

Der Kampf um das Referat Trotskis wurde fortgesetzt. Hinter diesem Kampf verbirgt sich der Gegensatz zwischen der Linken und der Rechten der KPD. Dabei scheint die Zentrale sich aus

Beforgnis um die Haltung der Gewerkschaftler auf die Seite der Rechten geschlagen zu haben.

Unter den Rednern des Mittwochs war auch Roslow-Berlin, der zunächst unter dem Namen Wiener austrat und dem Roslow im Laufe einer Debatte unter großer Heiterkeit zurief: „Iwan, der Schredliche, auch Deine Herrschaft geht zu Ende!“ Roslow scheint gewissermaßen der Gesandte Radels zu sein, der wiederum in Opposition gegen Lenin und gegen das Exekutivkomitee steht. Alora Zeitlin machte aus ihrer Sympathie für Paul Levi auch heute kein Hehl.

Die Berlin-Brandenburger Delegation hatte ihre Haltung gegenüber dem Vertreter der Moskauer Exekutive Kolaroff gerechtfertigt, von ihm aber nur eine unbefriedigende Erklärung erhalten. Sie wird dem Moskauer Exekutivkomitee eine ausführliche Denkschrift zugehen lassen. Sie protestiert gegen die falsche Unterordnung des GK. durch unverantwortliche Mitglieder der Organisation nicht in Verbindung stehende Genossen. Diesem Protest haben sich eine ganze Anzahl Bezirke angeschlossen, die sich durch die Moskauer Anempfehlung von „Linken Dummköpfen“ und „Schreibhässen“ beleidigt fühlen. Sie wollen aber trotzdem ihre Pflicht tun, bis das GK. eintrifft, daß sie recht gehandelt im Interesse der Weltrevolution. Diesem Protest hat sich auch die Delegation der russischen Kommunisten in Deutschland angeschlossen.

In seinem Geschäftsbericht mahnte der Parteivorstandende Bied die Parteimitglieder eindringlich, ihre Beitragspflicht so zu erfüllen, daß die Partei auf Zuschüsse von anderer Seite verzichten könne. Zu einem Antrage auf Herausgabe der hinterlassenen Schriften Rosa Luxemburgs erklärte Bied, daß die Manuskripte im Besitz einer Dame sind, die durch Bruch der Parteidisziplin aus der Partei ausgeschieden und gewissermaßen Privatsekretärin Paul Denis geworden sei. Danach ist es also fraglich, ob die KPD diese Manuskripte erhalten wird.

Auch die Beschwerdekommision verlangt von der Partei, daß sie sich von Zuschüssen ausländischer Bruderparteien unabhängig mache.

Ein Redner aus Rheinland-Pfalz erklärte, daß von einer Stärkung der Partei nach der Märzaktion nicht gesprochen werden könne. Dazu habe auch die Taktik der unkontrollierten und von außen eingesetzten Oberbezirksleitungen beigetragen.

Eberlein meint, der Kampf gegen die Oberbezirksleitungen werde nur dort geführt, wo vor der Märzaktion Abneigung oder Haß gegen die Zentrale herrschte. Ueber die Steuerfragen und die wirtschaftlichen Kämpfe hält Eberlein die übliche Agitationsrede mit demagogischen Forderungen, deren agitatorische Bedeutung er auch rückhaltlos zujubil.

Die verschiedenen Resolutionen zum Weltkongress sollten von der Redaktionskommission überarbeitet werden. Sie hat aber die von der Linken beantragte schärfste Zurückweisung der Kritik Trotskis wesentlich abgeschwächt und auch sonst Änderungen vorgenommen, die von Thaelmann-Hamburg meist als ein

Einigen kommen an die zentralistisch-opportunistische Richtung und einen kleinen Kreis von Personen bezeichnet werden. Thaelmann beantragt, diese schärferen Stellen wieder in die Resolution aufzunehmen, so daß die Diskussion wieder eröffnet werden mußte. Die Weiterberatung wird auf heute 9 Uhr vertagt.

Beweiserhebung über die Märzunruhen.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Untersuchung der Märzunruhen gelangte in seiner Mittwochs-Sitzung zur Formulierung des Beweisthemas, die von einem Untersuchungsausschuss vorbereitet worden war. Die Fragen, über die der Ausschuss Beweis erheben will, sind nach zwei Hauptgesichtspunkten gegliedert. Die erste Gruppe umfaßt die Fragen, die auf der Seite der Aufständigen zu klären sind, die zweite Gruppe die Fragen, die auf der Seite der Staatsgewalt einer Untersuchung bedürfen. Die erste Gruppe ist wiederum in drei Teile gegliedert. Der erste Teil der zu untersuchenden Fragen umfaßt die allgemeine Lage, und zwar 1. wirtschaftliche Verhältnisse im Aufstrebgebiet, 2. Kriminalität im Aufstrebgebiet, 3. Terror in den Betrieben, 4. Anwesenheit von Ausländern in übermäßiger Zahl, 5. Bewaffnung usw. Entwertung der Bevölkerung, Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Roten Armee. Der zweite Teil umfaßt die Ermittlung politischer Gesichtspunkte, 2. die Frage der Einwirkung der kommunistischen Parteien (KPD und KPD) durch zentrale Beschlüsse, durch Presse und Verfammlungen, durch lokale Organisationen. Der dritte Teil betrifft besondere Erscheinungen beim Aufstand, die Dynamit- und Eisenbahnattentate, Plünderungen und Geiselnahme, Erschießungen und Grausamkeiten.

Der Kronenkomplex auf Seiten der Staatsgewalt ist ebenfalls nach drei Gesichtspunkten gegliedert. Der erste Teil betrifft die Behörden, und zwar 1. die Behördenorganisationen, 2. die Bewehrung der Landräte, Amtsvorsteher usw., 3. die getroffenen vorbeugenden Maßnahmen, wie den Nachrichtendienst der Behörden und den militärischen und polizeilichen Schutz. Der zweite Teil betrifft die Polizeiektion im mitteldeutschen Gebiet, und zwar 1. den Zweck der Aktion, 2. die Durchführung der Aktion, 3. die Bewehrung der Schutzpolizei, die Heranziehung von Reichswehr, die tatsächlichen Maßnahmen aller Art. Der dritte Teil betrifft die besonderen Erscheinungen auf Seiten der Truppe, die Erschießungen, Uebergriffe, Grausamkeiten usw.

Mit der Formulierung dieser Punkte ist natürlich noch keinerlei Urteil des Ausschusses verbunden. Die Aufstellung eines Punktes besagt nur, daß die von irgendeiner Seite aufgestellten Behauptungen nachgeprüft werden sollen. Bei der Vorlesung des Ausschusses, Abg. Rutiner (Soz.), hervorhob, daß die Beweisaufnahme lediglich Tatsachen erforschen. Die Schlüsse aus den Tatsachen wird der Ausschuss erst in einem späteren Stadium der Verhandlungen zu ziehen haben.

Der Ausschuss beschloß ferner, eine Anzahl Generalzeugen zu dem gesamten Beweisthema zu nehmen, und zwar Staatsminister a. D. Severing, Oberpräsident Höffling, Staatskommissar Weismann, Regierungspräsident v. Gersdorf, Oberpräsident Breuer, Regierungsrat Frenking, Regierungsrat Kilborn, Reichsentwicklungskommissionar Dr. Peters, Ministerialdirektor Abegg.

Zum Berichterstatter an das Plenum wurde Abg. Dietrich (Nrl.) bestimmt. Die bisherigen Berichterstatter Dr. v. Drander (Dnat.) und Dr. Viehnecht (WSoz.) sollen ihre untersuchende und ermittelnde Tätigkeit fortsetzen. Der Ausschuss vertagte sich auf den 7. September. Am diesem Tag soll mit der Vernehmung der obengenannten Zeugen begonnen werden.

Die gestörte „Jahneuweibe“. Aus Magdeburg meldet M.D.: Der unabhängige sozialistische Stadtrat Kästen in Groß-Salze wurde heute unter dem Verdacht der Abdeisführerschaft bei dem Ueberfall anlässlich der Stahlhelmfeier verhaftet.

Wirtschaft

Staatsmittel für den Wohnungsbau.

Von zuständiger Stelle wird den BPP. geschrieben: Der Preussische Landtag hat in einer seiner letzten Sitzungen vor den Ferien beschlossen, die Staatsregierung zu ermächtigen, den Gesamtbetrag der nach dem Reichsgesetz vom 12. Februar 1921 für die Rechnungsjahre 1921 und 1922 aufzuwendenden Beträge zur Förderung des Wohnungsbauwesens noch in diesem Jahre zur Verfügung zu stellen. Danach steht jetzt in Preußen wieder ein Betrag von 550 Millionen Mark bereit, der zur Gewährung von Landesdarlehen für den Bau von Kleinwohnungen nach den bisher gültigen Grundsätzen verwendet werden soll. Mit der Verteilung der Mittel ist inzwischen begonnen worden. Dabei wird den besonderen Bedürfnissen und den Verhältnissen der einzelnen Regierungsbezirke und größeren Städte Rechnung zu tragen gesucht. Vor allem haben diejenigen Gemeinden Berücksichtigung gefunden, die unter der Befragung oder durch den Zustrom von Flüchtlingen zu leiden haben. Ein weiterer Teil der zur Verfügung stehenden Mittel ist für die landwirtschaftliche Bestiedlung zurückgestellt, ein anderer Teil soll einem Eisenbahner-Stiedlungsfonds zugeführt werden, um die Durchführung des Bauprogramms der Eisenbahnverwaltung nach Möglichkeit sicherzustellen. Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat einen Ausführungsplan an die Regierungspräsidenten ergehen lassen, der die Verteilung der Mittel im einzelnen regelt.

Gegen die Auswüchse der Börsenspekulation. Im Handelsministerium hat unter dem Vorsitz des Herrn Handelsministers eine Besprechung mit Vertretern der Börsenorgane von Berlin und Frankfurt a. M. sowie der rheinischen Bankiervereingung über die Verhältnisse an den Wertpapierbörsen stattgefunden. Es wurde u. a. erörtert, welche Maßnahmen gegen die Auswüchse der Spekulation und zur geordneten Abwicklung des Wertpapierverkehrs getroffen werden können.

Gewerkschaftsbewegung

Die Angestellten der Bekleidungsindustrie

hatten eine öffentliche Versammlung, die sich mit der Bedeutung der Kaufmannsgerichts wahlen befaßte. In sehr eingehenden Ausführungen brachte Gottfried den Nachweis dafür, daß diese Wahlen von weittragender Bedeutung für alle in kaufmännischen Betrieben Angestellten sind. Insbesondere kritisierte er die Bestrebungen des D.V.B. und des B.V.L. als mit den Bestrebungen der freien Gewerkschaften unvereinbar. Im eigenen Interesse aller Angestellten liege es, für die Liste des Zentralverbandes der Angestellten (ZfA) zu stimmen. Es wurde dann der Inhalt eines von den genannten Arbeitgeber-Organisationen Groß-Berlins unterm 27. Juni d. J. als „streng vertraulich“ verfaßten Rundschreibens an ihre Mitglieder bekanntgegeben. Er lautet: „Betrifft: Zeichenerklärungen bei Entlassungen. Diese Buchstaben sollen möglichst auf den Abgangs- resp. Entlassungspapieren unauffällig bemerkt werden.“

Bedeutung: a. Eigener Wunsch. — b. Unbrauchbar, unfähig, unzuverlässig. — c. Frau. — d. Krankheit. — e. Ueberfähig. — f. Einschränkung des Betriebes. — g. Freiwilliger Rücktritt. — h. Dienstverhältnis ohne Entschädigung. — i. Fortgesetzte Unfähigkeit. — k. Arbeitsverweigerung. — l. Unbefugtes Verlassen der Arbeitsstelle. — m. Trunkenheit. — n. Befeldigung. — o. Sachbeschädigung. — p. Widergesetzlichkeit. — q. Täuschlichkeit. — r. Betrug und Unterschlagung. — t. Diebstahl. — v. Entwendung von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen.“

Daß eine derart hinterlistige und rachsüchtige Kennzeichnung von Arbeitern und Angestellten, die sich aus irgendeinem Grunde nichtig machen, gegen die guten Sitten verstößt, fällt bei einer Besinnungsart, von der diese Reueinführung überflüssiger Scharfmacherpraktiken ausgeht, nicht ins Gewicht. Allein diese Methode ist auch gesetzwidrig, wie sich aus §§ 111 und 113 der Gewerbeordnung ergibt. Wo aber kein Kläger, ist auch kein Richter. Notwendig ist aber in erster Linie, beim Austritt aus der Beschäftigung die Entlassungspapiere ganz genau — Wort für Wort, Buchstaben für Buchstaben — auf solche Kennzeichnungen hin zu prüfen.

Nach der von lebhafter Entrüstung getragenen Aussprache hierüber hielt Solis einen Vortrag über Steuer- und Wirtschaftsfragen.

Ausbildung der Arbeitsnachweisbeamten.

Die Kernfrage für eine leistungsfähige Arbeitsmarktorganisation ist die Personalfrage. Nur der sachlich geschulte Vermittlungsbeamte, nur der mit den praktischen Eigenheiten der Arbeitsvermittlung vertraute Geschäftsführer ist in der Lage, einen Arbeitsnachweis zu anerkannter Leistungsfähigkeit zu bringen und damit seine Erkennensberechtigung zu begründen. Diese Erkenntnis hat niemand klarer erkannt als die Nachweisbeamten selber, die in ihren Berufsorganisationen heute mehr denn je ihre Stimme nach einer gründlichen Fachausbildung erheben. In den Interessententreffen wird heute die Frage der Ausbildungsreform lebhaft erörtert. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, Förderung in diese wichtige Frage hineinzubringen, hat die wissenschaftliche Abteilung des dem staatswissenschaftlichen Institut Münster angegliederten Seminars für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung den Assistenten des Seminars, Dr. Willeke, beauftragt, Vorschläge der Berufsorganisationen, Gutachten der Fachleute usw. in dieser Frage zu sammeln und zu einer Denkschrift: „Die Ausbildung der Arbeitsnachweisbeamten“, Entschlüsse und Vorschläge zu verarbeiten. Die Durchführung der Erhebung wird in enger Zusammenarbeit mit allen Interessententreffen den berufenen Fachexperten und Verwaltungsstellen und Berufsorganisationen der Arbeitsnachweisbeamten erfolgen.

Noble Arbeitgeber.

Während in der ersten Zeit nach Ausbruch der Revolution die Arbeitgeber im allgemeinen ziemlich kleinlaut geworden waren und es nicht wagten, ihren Arbeitern in der allgewohnten Weise entgegenzutreten, haben sie jetzt, nachdem die Arbeiterhaft sich durch die unselfische Parteierpflüftung geschwächt hat, ihr Haupt immer kühner empor.

Einige ganz besonders krasse Fälle des Nachbänkels der Unternehmer wollen wir hier zur allgemeinen Kenntnis bringen, damit die Arbeiterhaft vor diesen Firmen gewarnt sei.

Bei der Firma C. A. H. o j a n n Nachf., Inh. Küster, Kolonialwaren-Großhandlung, Wallstr. 57, beträgt die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter circa 11 Stunden, wofür der stündliche Lohn von 230 M. gezahlt wird. Ueberstunden werden nicht bezahlt. Die betretenden Arbeiter sind 28 bis 30 Jahre bei der Firma tätig. Ein neuangestellter Arbeiter mußte eine Kaution von 5000 M. (fünftausend Mark) hinterlegen und erhielt dabei den horrenden Lohn von 200 M. pro Woche. Da er selbst diese Kaution nicht aufbringen konnte, borgte er sich das Geld bei Freunden und Verwandten zusammen, bloß um endlich wieder in Arbeit zu gelangen.

Als er nun für fünf am Sonntag geleistete Ueberstunden Bezahlung verlangte, fragte ihn der Inhaber, ob er verrückt sei und endlich kurzerhand den Arbeiter. Dieser verlangte darauf seine Kaution zurück. Er erhielt dieselbe, sollte aber einen Schein unterschreiben, daß er auf eigenen Wunsch entlassen sei. Als er die Unterschrift verweigerte, drang der Geschäftsinhaber, der zu seiner Hilfe noch mehrere Verwandte und einen Hund bei sich hatte, auf ihn ein, packte ihn und rief ihm das Geld, das der Kollege bereits eingestekt hatte, aus der Brusttasche heraus.

Infolge der Drohungen des Arbeitgebers ließ sich der Arbeiter einschüchtern und unterschrieb den ihm vorgelegten Schein, nur um sein Geld wiederzubekommen.

Ueber die Firma war seitens der dort beschäftigten Transportarbeiter schon wiederholt Klage geführt worden.

Ein bei dem Tabakhändler Paul K e n n e r, Kottbusstr., Hentigstr. 28, beschäftigter 17jähriger Kaufbursche erhielt einen Wochenlohn von 100 M.; dabei hatte er täglich Summen von mehreren tausend Mark einzustaffieren. Als sich eines Tages bei der Ablieferung der einkassierten Gelder ein Konto von 200 M. herausstellte, erklärte Herr Kenner, daß der jugendliche Kollege von seinem allwöchentlichen Lohn 20 M. abzahlen müsse. Dieser erklärte, dann blieben ihm nur 80 M., mit welchen er nicht auskommen könnte, da er seine Mutter, eine Kriegswitwe, zu unterstützen habe, er müsse sich dann noch anderer Arbeit umsehen. Darauf wurde er von Herrn Kenner eingeschlossen und gezwungen, einen Schuldschein in Höhe der fehlenden Summe zu unterschreiben; außerdem mußte er seine Uhr als Pfand hinterlegen. Ob Herr Kenner einem Erwachsenen gegenüber auch den Mut gehabt hätte, ein solches Verlangen zu stellen? Wir wagen es zu bezweifeln. Aber einem Jugendlichen gegenüber kann man sich ja so etwas erlauben.

Eine merkwürdige Latil schlägt die Firma Kolonialhaus Bruno Antelmann Nachf., Bülowstr. 89/90, ein, um sich ihrer Verpflichtung gegen einen entlassenen Arbeiter zu entziehen. Diefem war ohne sein Verschulden das Fuhrwerk gestohlen worden, während er bei einem Kunden Ware ablieferte. Die Firma hatte aus „Sparmaßnahmen“ ihren Fuhrpark entlassen, so daß das Fuhrwerk ohne Bewachung war.

Nachdem die Firma den an dem Diebstahl völlig schuldlosen Arbeiter entlassen hatte, rief derselbe den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin an. Dieser entschied, daß die Entlohnung zu Unrecht erfolgt sei und verfügte die Wiedereinstellung; im Falle der Nichtleistung sollte die Firma 675 M. Entschädigung zahlen. Die Fa. Antelmann verweigerte sowohl die Wiedereinstellung als auch die Zahlung der Entschädigung. Um zu seinem Gelde zu gelangen, stellte der Kollege beim Gewerbegericht den Antrag auf Vollstreckung des Urteils.

Darauf erwiderte die Firma beim Amtsgericht Berlin-Mitte einen Zahlungsbefehl wegen anteiligen Schadenersatz, und zwar merkwürdiger Weise in Höhe von 675 M., also derselben Höhe, wie die dem Entlassenen zugesprochene Entschädigung. Man will also den Kollegen um die ihm zugesprochene Entschädigungssumme bringen. Ein Kommentar dazu ist wohl überflüssig.

Zusammenschluß der Kapellmeister.

Der Deutsche Musiker-Bund, Ortsverwaltung Berlin, hatte die Kapellmeister und Kapellleiter zu einer Versammlung in den Musikerkäfen zwecks organisatorischer Zusammenfassung einberufen. Kollege Schlemmer wies auf die unbedingte Notwendigkeit einer strengen Organisation aller Kapellmeister innerhalb des Deutschen Musiker-Bundes hin. Die Kapellmeister, die sich in organisatorischer Hinsicht jahrzehntlang fast vollständig indifferent verhielten, haben auch heute, trotz der neuen Zeit, noch nicht den Wert und die Macht der freien Gewerkschaften begriffen. Machen diese Kollegen einmal den Versuch, sich zu organisieren, dann verzeihen sie ihre Kräfte unwillig mit der Gründung von kleinen getrennten Organisationen. Die Folge davon ist, daß sich — und das ist ganz besonders bei den Theaterkapellmeistern der Fall — in der Musik ein geistiges Proletariat gebildet hat, wie es in keinem anderen Berufe zu finden ist. Bei den Ensembleleitern liegen die Dinge ähnlich. Im eigenen Interesse der betreffenden Kollegen liegt es, sich restlos dem Deutschen Musiker-Bunde anzuschließen. Nur der Deutsche Musiker-Bund — als alleinige Interessenvertretung der Deutschen Musikerschaft — ist in der Lage, auch die Interessen der Kapellmeister den Unternehmern gegenüber mit aller Energie zu vertreten. Die Versammlung wählte eine Kommission, die die Frage des Zusammenschlusses aller Kapellmeister innerhalb des Deutschen Musiker-Bundes in beschleunigter Weise bearbeiten soll.

Vom Kleinbetrieb in der Filmbranche.

Uns wird berichtet: In der Papierfabrik der Firma Althoff, Friedrichstr. 16, wurden die dort Beschäftigten am Sonntag, den 14. August, von morgens 9 Uhr ununterbrochen bis Montagabend um 6 Uhr beschäftigt. Dasselbe geschah am Mittwoch der vorigen Woche, an dem auch den ganzen Tag, die Nacht hindurch und dann noch bis Donnerstagabend 10 Uhr ununterbrochen gearbeitet wurde. Am folgenden Freitag wurde bis 7 Uhr abends und am Montag dieser Woche bis 8 Uhr abends gearbeitet.

Daß dabei dem Betriebsleiter, früher ein schneidender Gewerkschaftler, heute ein „treuer Knecht seines Frohnen“, die Organisation ein Dorn im Auge ist, ist selbstverständlich. Auch die Demobilisationsverordnung betr. Doppelbeschäftigung scheint für diesen Herrn nicht zu existieren. Denn dort wird eine Frau Rahn beschäftigt, deren Mann im Wiederaufbauministerium als Beamter tätig ist.

Wir machen hiermit die Gewerbeinspektion und die Demobilisationsbehörde auf diese Mißstände aufmerksam und erörtern in kürzester Frist deren Abstellung.

Graphische Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Nachdem die Funktionärerversammlung am 16. d. M. den Entwurf des Vorstandes zum neuen Ortsstatut mit wenigen Änderungen bereits einstimmig angenommen hat, beschäftigt sich die am Freitag im Gewerkschaftshaus stattfindende Mitgliederversammlung mit demselben Thema. Wir machen darauf aufmerksam, daß in dieser Versammlung auch über die nächste Wirtschaftsbeihilfe (Leuerungszulage usw.) gesprochen werden muß. Pflicht aller Mitglieder ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen, niemand darf fehlen.

Aktionsschluß der graph. Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.

SPD-Funktionäre UGB, Brunnenstraße!

Freitag, 3 Uhr, bei Krüger, Hufschmiedstr., Fraktionsführung. Der Fraktionsvorstand.

Ma-Betriebsräte, die Sammellisten zur Unterstützung des russischen und georgianischen Volkes bisher noch nicht oder nicht in genügender Anzahl erhalten haben, wollen sich umgehend an uns wenden. Alle auf die von uns herausgegebenen Sammellisten eingegangenen Gelder müssen mit uns verrechnet werden. Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsortsteil Groß-Berlin.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 80 des Betriebsrätegesetzes. Dürfen in die Arbeitsordnung Bestimmungen über Ausschluß der politischen Betätigung während der Arbeitszeit aufgenommen werden? Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat in einer Sitzung vom 12. Mai 1921 unter dem unparteiischen Vorsitz des Herrn Dr. Georg Reyer diese Frage verneint. Wir lassen den Schiedspruch und seine Begründung nachstehend folgen:

„Das Verlangen des Arbeitgebers, eine von ihm vorgeschlagene Bestimmung über politische Betätigung innerhalb des Betriebes in die Arbeitsordnung aufzunehmen, ist nicht berechtigt.“

Begründung: Die Antragstellerin hat beantragt, in die im übrigen vereinbarte Arbeitsordnung die Bestimmung aufzunehmen:

„Politische Betätigung irgendwelcher Art während der Arbeitszeit ist verboten.“ Der Schlichtungsausschuß ist der Ansicht, daß eine politische agitatorische Tätigkeit während der Arbeitszeit (zu der nicht die Pausen gehören) in den Arbeitsräumen nicht statzu finden hat. Da aber die Auslegung des äußerst dehnbaren und unbestimmten Begriffs der politischen Betätigung Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten und Differenzen bietet und somit ein gedeihliches Zusammenarbeiten und die Ruhe im Betriebe stören könnte, erscheint ein dergleichen Fehlen dieser Bestimmung in der Arbeitsordnung angebracht, um so mehr, als die gewerkschaftliche Betätigung (die ja in gewissem Sinne auch eine politische Betätigung bedeutet) möglichst nur in den Pausen durch tarifliche Vereinbarung gestattet ist, hiermit also schon zur Gemüte zum Ausdruck gebracht wird, daß im Gegensatz hierzu eine politische agitatorische Tätigkeit zu unterbleiben hat.“

Vom Streit in Kiel, der nur die Kleinbetriebe betrifft, ist mitzutragen, daß die Forderungen der Transportarbeiter bewilligt worden sind, und zwar von der Kieler Arbeiterinnenschaft und einigen Kieler Großhändlerkreisen und vom Allgemeinen Konsumverein. In diesen Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Die Grubenarbeiter von Carmaux (Frankreich) protestieren gegen die Absicht, ab 1. September die Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen über 16 Jahre um 3,75 Fr. herabzusetzen, wobei ihnen die Tonne Kohle um 15 Fr. billiger geliefert und die Miete der Werkwohnungen um 20 Proz. ermäßigt werden soll. Die Bitte ist den Bergleuten trotzdem zu bitter.

Die Baumwollspinner in Gent haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Lohnfrage soll später geregelt werden.

Ma-Funktionäre der Metallindustrie. Heute 7 Uhr im Deutschen Hof, Endauer Str. 15 (großer Saal), Versammlung sämtlicher Ma-Funktionäre der Metallindustrie Groß-Berlins. Referent Schifano: „Kreuzung und Tarif“. Tagesordnungsgegenstände: Apothekenarbeiter-Bund der 7 1/2 Uhr in Wilkes Fehlfeld, Schillingstr. 30, Versammlung aller Laboranten, Apothekenarbeiter und -arbeiterinnen, Kaufleute usw., Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Leber- und Bierwarenbranche (Hempel und Industrie); Freitag 7 Uhr in Schulz' Buchdrucker, Königspfad 2 (nahe Ullrichsplatz), Bunderversammlung.

Verantwortlich für den Inhalt: Tell: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Meier, Berlin; Verlag: Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. Preis einer Beilage und Unterhaltungsbeilage „Geldwert“.

A. Wertheim Billige Wirtschaftsartikel

- Bohnschneider . . . 1750
- Tellerwagen . . . 2450
- Fruchtpressen . . . 90M
- Tomatenpresse . . . 35M
- Brot Schneidemasch. . . 25M
- 2 Gasplättchen (vernickelt) mit Erhitzer . . . 63M
- Gaskocher 2 Loch . . . 63M
- Dreifuße . . . 1450
- Kaffeeseibe . . . 75Pt. 90Pt.
- Schöpfkellen . . . 125
- Kaffeetrichter . . . 75Pt. 110
- Durchschläge Weißblech . . . 350
- Bürstenbleche . . . 250
- Springformen . . . 325 575
- Kastenformen . . . 3M 850
- Reißränder . . . 550
- Brotbüchsen lackiert . . . 27M
- Kaffeerböster . . . 575
- Butterbüchsen . . . 75Pt. 95Pt.
- Reibemaschinen . . . 15M 1850
- Blechlöffel für alle Küchen . . . 30Pt.
- Zwiebelschneider . . . 2250

Einkoch-Apparate mit Gasheizung . . . 85M

Wirtschaftsmaschinen für Haushalt und Hotelbetrieb erstklassige Fabrikate

- Isolierflaschen 1 Liter mit Alum.-Bech. . . 1350
- Teesiebe Alum.-nium 80Pt. und 95Pt.
- Suppenschöpfelöffel Alum.-nium 450
- Obstkorb vernickelt mit Fayence-Einlage . . . 1850
- Stielkasseroll Alum.-nium 975 2050
- Schaumlöffel Alum.-nium . . . 675
- Durchschläge Alum.-nium 9 bis 12M

- Tischmesser Aluminium 475
- Gabeln Aluminium . . . 95Pt.

Eisschränke I. Preise bedeut. herabgesetzt

- Eißlöffel Aluminium . . . 80Pt.
- Teelöffel Aluminium . . . 60Pt.

Emaillewaren

- Milchkannen . . . 775 bis 1175
- Waschbecken ovale, grau . . . 825
- Durchschläge mit Stiel 475 575
- Wasserkrüge keramisch, grau 1350
- Essenträger mit Bügel . . . 390
- Kummen . . . 95Pt. 165
- Schmortöpfe blaue, m. Deck. 1950
- Schmortöpfe braune, la Qualität . . . 1275 bis 20M
- Schmortöpfe braune, m. Ring, la Qualität . . . 1850 u. 21M
- Ringtöpfe grau . . . 1250

- Tee-Eier Aluminium . . . 225
- Tortenplatten 28M 32M
- Glasunterseger mit vernickeltem Rand u. Fayence-Einlage in Kart. ver. silb., 3Kling. 475 525
- Rasierapparat 1350
- Gemüsemesser 45Pt. bis 250
- Dessertgabeln Alpaka gemustert 450

- Fleischtöpfe geblasen 13M 1650
- Kasserollen geblasen, mit 2 Griffen . . . 275 bis 925
- Kasserollen keramisch mit Stiel oder 2 Griffen . . . 275 bis 775
- Wannen grau, oval 35M bis 48M
- Eimer grau, 26 cm . . . 1150
- Eimer weiß, 26 cm . . . 1850
- Eimer verzinkt, 20 cm . . . 16M
- Waschtöpfe verzinkt mit Einlage und Deckel . . . 69M bis 94M
- Stahlblechpapp. mit Holzfuß . . . 875 bis 15M

- Kaffeekannen weiß 395 bis 1350
- Schüsseln grau, hoch 375 bis 725
- Schüsseln weiß, hoch . . . 1075
- Kehrschaufeln weiß, geblasen . . . 875
- Schöpfelöffel grau . . . 175 bis 350
- Schaumlöffel grau . . . 175 bis 325
- Oemüselöffel grau . . . 95Pt.
- Fischheber grau . . . 225
- Kasserollen keramisch mit Stiel oder 2 Griffen . . . 875 bis 1550
- Maschinenöpfe mit Henkel . . . 225 bis 875

Anschluß-Waschtische aus Marmor in verschiedenen Ausführungen u. Preislagen nur Leipziger Str.

- Besen Roßhaar gemischt . . . 1250
- Handfeger Roßhaar gemischt . . . 725
- Roßhaarbesen poliert . . . 1975
- Handfeger Roßhaar, poliert . . . 1175
- Schrubber . . . 390 bis 750
- Straßenbesen . . . 375
- Blankbürsten . . . 145 bis 290
- Schmuckbürsten . . . 160
- Auftragbürsten 40Pt. bis 175
- Teppichkehrmasch. 137M
- Oardin.-Spanner Holz-blech 140M
- Vorratsschränke von 350M an
- Aufwaschtische . . . 375M
- Obstdörren . . . 80Pt. 1M
- Waschbretter Holz . . . 290
- Kaffeemühlen 22 bis 29M
- Ourkenhobel . . . 450 bis 18M
- Krauthobel . . . 1350
- Krautfäser . . . 30M bis 40M
- Tablets mit Oleum-Einlage 1250
- Bedewannenvorleger 950
- Eierkisten . . . 450 6M
- Stehleiter 4-8 Stufen 2750 3750

Eiserne und transportable Kachelöfen-Herde in modernen Ausführungen